

# Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 266.

Sonntag, den 12. November 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu zwei Beilagen und „Die neue Welt.“

## „Ein alter Zopf“.

H. E. Ein alter Zopf soll abgesehritten werden, bevor das Jahrhundert abläuft! So wird seit der Reise Bobbelski's nach Süddeutschland vergnügt von Blättern in die Welt posant, die sonst den ältesten Zöpfen kein Härchen krümmen lassen möchten. Und der Zopfabschneider selber soll niemand anders sein, als das Land, dem noch so viele politische Zöpfe am Schopfe baumeln und dessen Staatsmänner nervös werden, so oft ihnen, den Zöpfen, eine Scheere naht.

Aber Zopf und Zopf ist zweierlei. Und wenn die Verpreuung Deutschlands damit fortschreitet, wird den ehrwürdigsten Zöpfen die Pietät gekündigt und es heißt: „Fort mußst du, deine Ur ist abgelaufen!“

Wir reden von der Einheitsbriefmarke.

Scheinbar handelt es sich ja um etwas Außerliches, um ein Bildchen. Württemberg und Bayern, die bisher ihre eigenen Briefmarken hatten, so daß bislang in Deutschland dreierlei Marken bestehen, sollen mit dem Reichspostgebiet eine einheitliche Briefmarke erhalten. Das ist geplant. Einzelne Blätter haben das projektirte Markenbild bereits zur Anschauung gebracht: es stellt eine gekrönte Germania dar.

„Das Bild, o König, soll uns nicht entzweien!“ sagt Drestes.

In Wirklichkeit handelt es sich aber um weit mehr: Mit der Einheitsmarke will ohne Zweifel Preußen dem Postreferat recht Bayerns und Württembergs die Schlinge über den Kopf werfen, um es später ganz zu annektieren. Denn die Reichspost ist ja in der Verwaltung preussisch.

Wenn Preußen „vorn wäre, wie es hinten sein sollte“, will sagen ein freies, freisinniges, volks- und fortschritt-freundliches Gemeinwesen, so könnte man diese Vereinheitlichung nur freudig begrüßen. Denn daß die dreierlei Marken für den Verkehr manche Unbequemlichkeit haben, ist klar.

Es verhält sich aber hier wie bezüglich der Eisenbahngemeinschaft mit Preußen. Die süddeutschen Staaten mit ihrer billigeren Tarifen und ihrem zeitgemäheren Verwaltungsgeist überhaupst wehren sich gegen eine Verschmelzung mit dem rückständigen Preußen und wollen die Verwaltung ihres Postwesens ebenso wie das ihrer Eisenbahnen in der eigenen Hand behalten.

Denn das liegt auf der Hand: die Vereinheitlichung des Markenzeichens wäre ein starker Schritt zur Vereinheitlichung der Verwaltung. „Die Einheit der Briefmarke kann nur soweit reichen als Einheit der Kasse besteht, getrennte Finanzen schließen eine Markeneinheit aus.“

Es ist zwar schon vorgeschlagen worden, eine Art Markengemeinschaft nach dem Muster der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft zu bilden, also die Marken-Einnahmen zusammenzuwerfen und sie nach einer gerechten Verhältnisziffer auf die drei Postgebiete zu verteilen. Diese ließe sich allenfalls gewinnen auf Grund der bisherigen Einnahmen der drei Gebiete aus dem Markenverflecht, für die ja Angaben über einen ausreichenden Zeitraum bereits vorliegen. Aber werbt wohl Jemand im Ernst, daß Herr von Bobbelski seinen Fußsargenritt nach Süddeutschland lediglich um des Markenbildchens willen gemacht hat?

Die „Rheinische Zeitung“ ist sehr ungehalten über das preußenfeindliche Baiern, wo die am Ruder sitzende ultramontane Partei dem Projekt schroff ablehnend gegenübersteht, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, welche die Markeneinheit als wünschenswerthen Fortschritt betrachten, der nur nicht ohne Befragen des Landtages eingeführt werden dürfe. (Man sieht, die Sozialdemokraten sind doch nicht so „reichsfeindlich“, wie sie verschrien sind). Dagegen erteilt sie Württemberg eine Belobigung, das sich derselben entgegenkommender zeigt.

Es ist richtig, daß in Württemberg ein Partikularismus nach Art des bayvarischen, der in dem Blättchen des Herrn Dr. Sigl oft so drastischen Ausdruck findet, nicht besteht. Das in Württemberg geprägte Wort: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind“, richtet seine Spitze lediglich gegen preussische Reaktion, preussische Junkerei, preussischen Militär- und Polizeigeist.

Gleichwohl dürfte sich das rheinische Blatt arg verrechnen, wenn es sich einbildet, die württembergische Post-

verwaltung würde sich freundlichst so nach und nach von der Reichspostverwaltung auffaugen lassen. Der württembergische Ministerpräsident ist ein lebenswürdiger Diplomat und hat gewiß der Nachfolger Stephan's mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt. Wer sich aber erinnert, wie gründlich er dieses Frühjahr in der Kammer der Abgeordneten die Agitation für eine württembergisch-preussische Eisenbahngemeinschaft (analog der hessisch-preussischen) hat abblitzen lassen, wird nicht zweifeln, daß er zur Aufgabe des Postreferats nicht die Hand bieten wird, nicht einmal den kleinen Finger.

Möge also Preußen seinen Eifer für das Abschneiden von Zöpfen und für weitere Vereinheitlichung Deutschlands einflußreichen auf anderen Gebieten betätigen. Da ist zum Beispiel der Zopf der Dreiklassenwahl, dem sogar ein Bismarck keinen Geschmack abgewinnen konnte. Die Scheere her und das allgemeine, gleiche Stimmrecht eingeführt, wie es in Württemberg längst besteht. Da ist der Zopf des preussischen Vereinsgesetzes, das man in Preußen nur nennt, um sich davon zu befreien. Und noch diverse Zöpfe und Zöpfchen. Schneidet Preußen diese ab und läßt den freieren, volkstümlicheren Geist des Südens in sein Staatswesen eindringen, so wird der Süden auch eher geneigt sein, auf seine Reservatrechte Verzicht zu leisten.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Der Beauftragte der Flotteninteressenten, Herr Schweinburg, benutzte bereits das Samoa-Abkommen dazu, im Sinne seiner Auftraggeber für die Flottenvermehrung Stimmung zu machen. Mit bemerkenswerther Plumpheit „deixelt“ er die Sache in seinem Blatte so: „Im dem Rausche der Freude (!) über den erlangten Erfolg darf jedoch nicht vergessen werden, daß die neuen Rechte, welche Deutschland erworben hat, auch Pflichten im Gefolge haben. Aber hier, wie auch im Leben gilt das Wort, daß, wer die Ziele haben will, auch die Mittel wollen muß.“ — Ergo: 48 neue Schiffe! Immer heran, meine Herrschaften!

Aus dem neuen Marine-Gesetz! Aus dem Marine-Gesetz für 1900, der gegenwärtig dem Bundesrathe vorliegt, werden bereits in Berliner Blättern folgende Angaben gemacht:

„Das Kapitel „Rechtspflege“ erfordert 71.230 M., d. h. 35.609 M. mehr als für das laufende Jahr infolge der am 1. Oktober 1900 in Kraft tretenden Militärstrafgerichtordnung. Bei dem Kapitel „Geldverpflegung der Marinetheile“ treten in Folge des Flottengesetzes hinzu 1 Vizeadmiral (12.000 M.), 8 Kapitäne zur See mit je 8.400 M. u. s. w. Ferner sind hier neu eingestellt 3 pensionirte Offiziere mit je 1.440 M. Gehalt. Letztere Forderung wird wie folgt begründet: Die Zahl der Dienstvorschriften ist so angewachsen, daß es erforderlich wird, im Reichsministerium eine besondere Druckchristen-Verwaltung unter Leitung eines pensionirten Offiziers zu bilden. Der zweite pensionirte Offizier ist zur Bearbeitung nautischer Angelegenheiten von allgemeinem Interesse erforderlich, der Dritte für die Leitung des Arbeiterwohlfahrtswesens auf der Werkstätte zu Wilhelmshafen bestimmt. Im Ganzen belaufen sich die Ausgaben des Ordinariums des Marineetat's auf 73.948.433 M., d. h. 4.895.065 M. mehr als im laufenden Jahre. Im Extraordinarium werden folgende erste Sauratzen verlangt: je 2.500.000 M. für die Linienschiffe E und G; 200.000 M. für den großen Kreuzer B; je 1.300.000 M. für die kleinen Kreuzer E und F; 500.000 M. für das Kanonenboot A und 2.400.000 M. als erste Rate zum Bau einer Torpedobootsdivision. Im Ganzen sind für Schiffsbauten angesetzt 48.934.000 M., also 4.348.000 M. mehr als für das Jahr 1899. — Für artilleristische Arrangements werden gefordert 17.986.000 M., d. h. 7.697.000 M. mehr als für 1899. Im außerordentlichen Etat wird eine erste Rate von 500.000 M. für den Bau von zwei großen Trodenboots auf der Werkstätte zu Wilhelmshafen. Die Herstellung dürfte nach einem vorläufigen Ueberschlage im Ganzen etwa 11 Millionen Mark erfordern. Zur Erfüllung dieser Position wird gefordert: In den Jahren 1895 bis 1907 sind seitens der Marineverwaltung 2.503.498 M. als Beiträge zur Erbauung eines großen Trodenboots in Bremerhaven an den Staat Bremen gezahlt worden. Für diese Beiträge erhielt die Marine das Recht, das Dock gleichberechtigt mit den Schnelldampfern des Nordd. Lloyd, welcher das Dock in Bremen gepachtet hat, aber mit Vorrang vor den übrigen Schiffen der Handelsmarine zu benutzen. Zur Zeit des Vertragschlußes im Jahre 1892 erschien dies Abkommen praktisch . . . Selbst bei ausgiebiger Benutzung des Dock's in Bremerhaven seitens der Marine reicht dasselbe aber weder im Frieden noch im Kriege für den durch das Flottengesetz festgelegten Schiffsbestand aus, es sind vielmehr zwei weitere Docks auf der Wilhelmshavener Werkstätte einzuweisen, ein solches ist bedürftig. Werden dieselben nicht gebaut, so entstehen der Marine im Frieden für das terminmäßige Docken ihrer Schiffe große Schwierigkeiten, ganz abgesehen von den er-

heblich höheren Dock- und Reparaturkosten, welche andauernd dadurch erwachsen, daß die Linienschiffe auf fremder Werkstätte auf den eigenen Werften gedockt und reparirt werden; andererseits wird der Lloyd zur Aufrechterhaltung seines Postdampferbetriebes die Schiffe zum größten Theil im Auslande docken lassen müssen. Bei drohendem Kriege aber und bei der Mobilmachung, wenn eine große Zahl von Linienschiffen zur Bodenreinigung gleichzeitig gedockt werden muß, entsteht bei unzureichender Dockgelegenheit in der Nordsee ein verhängnisvoller Nothstand. Nach einer Schlacht gar, wenn es darauf ankommt, die havarierten Schiffe möglichst schnell wieder gebrauchsfähig zu machen, würde Mangel an ausreichender Dockgelegenheit dazu führen, die Schlachtflecke in ihrer Aktion vollständig lahm zu legen. In dieser Zwangslage hat die Marine mit dem Norddeutschen Lloyd einen Vertrag geschlossen, nach welchem die Marine im Frieden auf ihre Rechte an dem Bremerhavener Dock verzichtet, der Lloyd dagegen an die Marine eine Entschädigungssumme von 1.700.000 Mark zu zahlen hat.“

Gefordert wird ferner zum Bau eines Bassins auf der Holm-Insel bei Danzig eine erste Rate von 700.000 M. Die Gesamtkosten der Anlage, welche ausreichende Liegeplätze schaffen soll für die auf den Werften fertig gestellten Schiffe, sind auf 3.243.000 M. veranschlagt.

Die Bindung en gros und die Nichtbindung en détail. Zur Flottenfrage hört die „Nat.-Ztg.“, daß die Marineverwaltung nicht beabsichtigt, in der Art, wie es im Gesetz von 1896 geschehen ist, eine Verpflichtung des Reichstags zur Bewilligung der Geldmittel für die Ausführung des bekannten neuen Bauplans zu verlangen; die Beschlußfassung über die in jedem Jahre vorzunehmenden Schiffsbauten soll alljährlich beim Etat erfolgen. Dagegen besteht allerdings die Absicht, in gesetzlicher Form auszusprechen, daß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, nach dem bekannten Plane bis zum Jahre 1917, die Flotte auf den in dem neuen Plane vorgesehenen Stand zu bringen ist, um dergestalt eine stärkere Sicherheit für die Durchführung des Planes zu erhalten, als sie in der allgemeinen Zustimmung eines Reichstages zu eines „Denkschrift“ liegen würde. Die Vorlage dürfte etwa im Januar im Reichstag eingehen. — Man will also den Reichstag im Großen binden, indem man ihm im Kleinen Freiheit läßt; das ist, wie wenn man einen Gefangenen an Händen und Füßen fesselt, ihm aber das Mundspitzen gestattet, wenn er pfeifen will. Wenn der Reichstag sich und die späteren Reichstage auf einen Flottenplan für 48 Schiffe bis 1917 bindet, in gesetzlicher Form bindet, so giebt er — daran ist nicht zu rütteln — in Marineangelegenheiten sein Budgetrecht im Großen preis. Nur behält er die armselige Freiheit, im einzelnen zu beschließen, ob in diesem oder jenem Jahre ein Schiff mehr oder weniger gebaut werden soll. Mit dem weniger aber hat es insofern einen Haken, als binnen 18 Jahren die Schiffe des Flottenplanes fertig sein müssen. Die anscheinende Konzession an den Reichstag ist mithin nicht so viel werth, als das Papier kostet, auf dem Herr Schweinburg und sein journalistisches Gefolge diese vermeintliche Konzession als ein „Entgegenkommen“ sondergleichen feiern werden.

„Vorlagen des Kaisers“. Ein offizielles Blatt hatte in byzantinischer Weise von „Vorlagen des Kaisers“ gesprochen, obwohl es thatsächlich nach der Reichsverfassung nur Vorlagen des Bundesrats und nach der preussischen Verfassung nur Vorlagen der Regierung geben kann. Das giebt der „Rdn. Volksztg.“ Anlaß zu folgender wohlverdienten Zurechtweisung:

Es kommt hier hauptsächlich auf die Taktik an, den Kaiser noch mehr als bisher in die Presse zu stellen, indem man von „Vorlagen des Kaisers“ spricht. Gewiß liegt es im Sinne aller reaktionären Elemente, den Kaiser als Kugelfang zu benutzen; aber tapfer und mannhaft ist das nicht. Es ist auch politisch sehr gefährlich; mache man sich doch nur die Folgen klar. Jetzt werden von den Gelegenheitswärfen, welche die parlamentarische Winterkampagne beschäftigen sollen, schon drei (Zuchthaus, Kanal- und Flottenvorlage. Red. d. „V. Z.“) als „Vorlagen des Kaisers“ bezeichnet; erweist sich das Mittel probat, so bringt man nächstes Jahr vielleicht sämtliche Gelegenheitswürfe unter diese Rubrik. Ungenau nimmt man dem Parlamente die Opposition erschweren . . . Aber es ist auch ein Maß in den Dingen, und man soll nichts überreiben, sonst bleibt dem Parlamente gar nichts Anderes übrig als zu sagen: „Wenn schon, denn schon.“ Der Reichstag und der preussische Landtag sind doch nicht dazu da, alle Wünsche des Kaisers zu erfüllen, sonst könnte man sich überhaupt alles Wünschensbaren. Heute vergeht im politischen Leben kaum eine Woche, ohne daß nicht für irgend eine Sache der Wunsch des Kaisers ins Gewicht geführt wird. Man macht sich nicht klar, was die Folge davon sein muß: daß nämlich die Parlamente fortan überhaupt kaum mehr in der Lage sein werden, Wünsche des Kaisers zu berücksichtigen, wenn sie nicht selber abtanken wollen. Man denke: die Flottenvermehrung, der Mittelkanal und das Zuchthausgesetz sollen als Wünsche des Kaisers angenommen werden, dafür aber soll den Parlamenten unbekannt sein, durch Abrechnung

daten mit Civilisten in Streit, der schließlich in eine Messerschere ausartete. Hierbei wurde der Gefreite Becker von der 6. Compagnie des Grenadier-Regiments Nr. 3 mittels eines dolchartigen Messers durch mehrere Stiche in die Brust lebensgefährlich verletzt, so daß er blutüberströmt zusammenbrach und in das Garnisonlazareth gebracht werden mußte. Hier verstarb er an den erlittenen Verletzungen. Der Unglückliche soll bei der Schlägerei gar nicht direkt beteiligt gewesen sein, sondern nur durch Zwischenrufe sich das Mißfallen der Erhebenden zugezogen haben. Einer der Attentäter, welcher sich im Besitz eines großen Messers befand und auch mit Blut besudelt war, wurde festgenommen, während die übrigen sich ihrer Verhaftung durch die Flucht entzogen. — Die vor einigen Jahren in Gernsheim gegründete Rheinische Zuckersabrik hatte am Sonnabend drei Unfälle zu verzeichnen. Zwei Arbeiter stürzten beim Mähen eines am Rheine gelegenen Feldes am Sonnabend drei Unfälle zu verzeichnen. Zwei Arbeiter stürzten beim Mähen eines am Rheine gelegenen Feldes am Sonnabend drei Unfälle zu verzeichnen. Zwei Arbeiter stürzten beim Mähen eines am Rheine gelegenen Feldes am Sonnabend drei Unfälle zu verzeichnen. Zwei Arbeiter stürzten beim Mähen eines am Rheine gelegenen Feldes am Sonnabend drei Unfälle zu verzeichnen.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wohin die vielen Majestätsbeleidigungsprozesse führen, zeigt ein Vorgang, der sich, wie der „Volkzeitung“ mitgeteilt wird, dieser Tage in Solingen abspielte. Wahrscheinlich durch eine Unvorsicht über derartige Prozesse veranlaßt, schloffen zwei Solinger im angeheiterten Zustande nach vorhergegangener Reiberei eine Wette ab, wonach sie sich verpflichteten, einander bis zum nächsten Mittag wegen Majestätsbeleidigung anzuzeigen. Der Wettsbetrag von je 20 Mk. wurde beponirt. Einer der beiden Freunde erstattete beim Staatsanwalt in der angegebenen Frist die Anzeige. Der Staatsanwalt lehnte indessen die Erhebung der Anklage ab. Da der „Demuziant“ die Auszahlung des Wettsbeitrages, welche verweigert wurde, vergeblich verlangt hat, so kommt diese Affaire wahrscheinlich noch vor das Gericht. Der Fall mahnt wieder einmal, am Viertägigen Gespräch über Staatsoberhaupt überhaupt zu unterlassen. — Die Strafkammer in Halle sprach den bisher unbestraften Räuber Streckel von der Anklage der Majestätsbeleidigung frei. In der Urtheilsbegründung hieß es, Angeklagter sei sich der Tragweite seiner Aeußerung nicht bewußt gewesen und das Gericht habe ihm Glauben geschenkt, daß es ihm ferngelegen, den Kaiser beleidigen zu wollen. Einziger Zeuge war der Kriminalsergeant Hartmann. — Einem besonders krassen Beitrag zu Kapitel: Wie Majestätsbeleidigungsprozesse entstehen, meldet der „Braunschweiger Volksfreund“. An einem am Sonntag stattgehabten Hochgerichtsfeier in der Kreuzstraße nahm auch ein in der Fabrik arbeitender Schlossermeister teil. Der im selben Hause wohnende Maurer Zapke, der schon wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft ist, beschwerte sich bei seinem Hauswirth über den ruhenden Lärm, worauf der Hauswirth begütigend auf den privaten Charakter der Feier und die polizeiliche Anmeldung hinwies. Tags darauf ging Zapke zur Polizei und denunzirte den Schlossermeister wegen Beleidigung des Kaisers und des Prinzen

Archt. Der Schlossermeister wurde daraufhin beim Frühstück verhaftet und erst nach mehrfacher Intervention der übrigen Hochzeitsgäste nachmittags 3 Uhr wieder entlassen. Frau Zapke erklärte: Die intrinseke Aeußerung durchs Schlüsselloch des Korridors (!) gehört zu haben!

**Eine Volkserhebung nach sächsischem Muster,** die sich sehr anständig und heiter gestaltete, fand Sonntag im Dorfe Dieckau bei Halle statt. Als der Referent Genosse Haberkorn aus Leipzig, der einen Vortrag über Bekämpfung der Lungentuberkulose hielt, auf die sozialpolitischen Gehege zu sprechen kam und diese als mangelhaft bezeichnete, erhob der überwachende Gemeindeglieder die Hand und erklärte, dieses gehöre nicht zum Thema. Der Vorsitzende, Genosse Gehring, wies den Beamten in seine Schranken zurück. Als dann Gehring auf die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen und die dadurch entstehende Schwindsuchtsgefahr für die Arbeiter hinwies, griff der Beamte wiederum ein und erklärte, wenn nicht zum Thema gesprochen werde, so werde er die Versammlung auflösen. Unter großer Heiterkeit wurde dem Beamten zum zweiten Mal erklärt, daß er kein Recht habe, in dieser Weise vorzugehen. Die Versammlung tagte nicht in Sachen, sondern in Preußen. Nunmehr sprach ein Arbeiter über die Beschäftigung der Kinder bei den Güterbesitzern und der Beamte erhob sich zum dritten Mal und ersuchte unter schallender Heiterkeit zum Thema zu sprechen. Und die heitere Versammlung nicht zu gefährden, bat der Vorsitzende dann jeden Redner, möglichst viel über Schwindsucht zu sprechen. Der Beamte nickte mit dem Kopfe und nun war alles in Ordnung.

**Wirklichkeit tief sie zu sich selber zurück.** Sie stürzte hinaus, als sei Gefahr im Verzuge; sie riß den Topf vom offenen Feuer.

Es qualmte in der Küche und roch häßlich. Eben jetzt kam Frau Käthlein mit der Magd vom Einkauf zurück — wie würde sie jecheln! Aber sie hatte keinen Blick für der Tochter Unachtsamkeit, einer Ohnmächtigen gleich schwankte sie in die Stube und ließ sich in die Sofaede fallen. Ihr Mantel hatte sich verschoben, der Hut lag ihr im Gesicht, die Ledertasche hatte sie auf den Tisch geworfen; die Dute darin war aufgegangen, die Kaffeebohnen quollten heraus.

„Mein Gott, mein Gott, wie schrecklich!“ Sie jammerte laut. „Wie schrecklich!“

„Was ist dir? Was ist passiert?“ Nelida wunderte sich sehr, daß der Mutter Gebahren sie nicht mehr erschreckte.

Es war traurig mit anzusehen, die kleine Frau Käthlein war ganz außer sich. „Mein Gott, mein Gott!“

„Mama, was ist dir?“ Nelida neigte den müden Kopf zu dem der Mutter und legte ihr die Hand schlafl auf die Schulter.

„Geh mir, geh, du ungerathenes Kind!“ Frau Käthlein Dallmer sprang auf und ließ die Tochter heftig zurück. „Aber die Schande, die Schande! Nichts wie Schande bringt dich aber aus! Was wird der Vater sagen? O mein Gott, mein Gott, was hab' ich mich vor der Jünglein gesündigt! Auf dem Markt hat sie mich gestellt, die Schmidt kam auch gerade dazu, die hatte eine Gans gekauft — der arme Dallmer, es ist sein Tod! Die ganze Stadt weiß es, mit Fingern zeigen sie auf uns. Ich habe mich so geschämt, ich bin gerannt wie eine Diebin, die Eier im Korb sind uns

zerbrochen. Muß ich das erleben, ach, ach!“ Sie rang die Hände.

„Mama, was ist denn?“ Die Stimme der Tochter war noch ruhig, aber auf ihrem Gesicht malte sich eine unbestimmte Angst; unwillkürlich griff sie in die Tasche — das Briefblatt knisterte da unter ihren Fingern. „Was ist denn?“

„Und du fragst noch? Hast noch das Herz zu fragen? Haben wir das um dich verdient, daß du uns hintergehst mit dem Menschen aus der heruntergekommenen Familie, dem Ramer, dem ehrlosen Lump, dem —“

„Mutter!“ Ein einziger halb flehender, halb drohender Blick. Nelidas Hand spannte sich fest um das Handgelenk der Käthlein.

„Ja, das soll ich nicht sagen, du nimmst natürlich seine Partei — ha ha!“ Die arme Frau lachte bitter. „Und dabei zeigt er's dir doch deutlich genug, daß er dich nicht will! Reiß ab, ohne adieu zu sagen! Mußt er sich nicht vorher erklären? Da wäre doch noch zu sprechen gewesen, es hätte sich alles nett machen können — aber heidi fort, läßt nichts mehr von sich hören! Die Leute lachen dich ja aus. Du, sonst immer so hochfahrend, bist dem Kerl nachgerannt — ja ja, die Jünglein weiß es genau — o die Schande, die Schande, ich überlebe sie nicht! Du abschändliches, pflichtvergessenes Kind — deine armen Eltern — und noch dazu so dumm! Aber ich hab's ja immer gesagt, auf mich wurde nie gehört, das hat man davon! Er mag dich ja gar nicht, er will dich ja gar nicht — dein Mädchenstolz hätte dir das sagen müssen — aber ich hab's ja immer gesagt, du bist nicht wie andre Mädchen, keine Spur von Weiblichkeit, von Zartgefühl. Was soll aus dir werden?“ Sie schlug jammern die Hände zusammen und samt wieder in die Sofaede zurück. (Fortsetzung folgt.)

**Sachverhalt.** Am 16. Juli, nachmittags 4 Uhr, kam der Gemeindevorsteher des 13. Infanterie-Regiments, Georg Wust, in München in angetrunkenem Zustande in das Ziegelbrau-Gasthaus, wo er sich sehr exzessiv ausführte. Der ebenfalls anwesende Unteroffizier des 10. Inf.-Regts., Heinrich Doll, ermahnte Wust zur Ruhe. Diese Mahnung erwiderte M. mit Schimpfen. Der Unteroffizier gab M. den wiederholten Befehl, die Wirthschaft zu verlassen, und als M. diesem Befehl nicht nachkam, faßte ihn Doll am Arm und führte ihn auf die Straße. M. packte hierauf den Unteroffizier am Kinn und fuhr ihn mit der andern Hand wiederholt in das Gesicht, worauf ihm Doll die Arrestirung ankündigte. Mit den Worten „Du bist kein Vorgesetzter vor mir, Du hast mir nichts zu sagen“, ergriff M. die Flucht. Als er wieder eingeholt wurde, gab er dem Unteroffizier Stöße auf die Brust. Wegen eines militärischen Verbrochens des thätlichen Vergreifens an einer Wache vor die Geschworenen des Militär-Bezirksgerichts München gestellt, verteidigte sich Wust mit sinnloser Betrunkenheit. Diese wurde von drei Zeugen auch bestätigt, während vier Zeugen, darunter der Schuhmann, Unteroffizier und Sergeant wohl die starke Trunkenheit zugaben, aber die Sinnlosigkeit bestritten. Wust ist im bürgerlichen Leben wie beim Militär wiederholt vorbestraft. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen, worauf der Angeklagte „unter Annahme eines minder schweren Falles“ zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt wurde.

**Die höchste Unschuld.** In der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ ist zu lesen: „Ein heiraathslustiger junger Mann und ein Heiraathsmittler sprechen in „Geschäftsangelegenheiten“. Der Vermittler schildert dem jungen Mann die Vorzüge eines Mädchens in den glänzendsten Farben und schließt mit den Worten: „Ich kann Ihnen nur eines sagen: Sie ist reich, wie Eröjus, schön, wie Venus und unschuldig — wie Drejus.“

**Krieg in Dänemark.** Der Krieg in Südafrika hat auch im kleinen Dänemark die Gemüther erregt. Ein „niederländisch-judafricanischer“ Verein hat einen Aufruf zur Unterstützung der Buren erlassen und die Gaben fließen reichlich. Darob erhört sind nun die dänischen Agrarier. England ist der beste Kunde der dänischen Landwirtschaft; es braucht viel Butter, und es wäre ja schauerbar, wenn etwa die

Engländer wegen der burenfrendlichen Gesinnung einiger Großkaufleute weniger dänische Butter einführen würden. Die Agrarier haben sich angesichts der großen Gefahr rasch zusammengethan, um den Engländern demonstrativ eine Gabe von 50 000 Dosen Butter darzubringen. Also Bürgerkrieg in Dänemark. Hier die engländerfreundlichen Agrarier, dort die burenfrendlichen Großkapitalisten. Und die eine kämpfende Partei hat schon ihren Vobn dahin. Die englische Abneigung hat bei den vereinigten „dänischen Schweineschlächtereien“ eine große Bestellung von Speck für die englische Flotte gemacht. Dies der Dank für die Butter! Nun ist man neugierig auf den Dank für das Geld der Burenfreunde. Vielleicht regnet's nächstens in Dänemark Transvaalorden oder holländische goldene Kleeblätter.

**Glaubensheiler wegen Kindesmordes vor Gericht.** In La Porte in Indiana weigerte sich ein Mann, welcher der „Christian Science“-Sekte angehört, zu einem todtkranken Kinde einen Arzt zu rufen. Er sagte, Vertrauen auf Gottes Hilfe sei das einzige Heilmittel. Das Kind starb, worauf die Großgeschworenen gegen den Mann eine Anklage wegen Tödtung des Kindes erhoben. Das verlegte die Anhänger der „Christian Science“ im ganzen Lande in Aufregung. Es wurden dem Angeklagten mehrere tüchtige Verteidiger und unbeschränkte Geldmittel zur Verfügung gestellt. Über auch der Staatsanwalt bereitete sich gehörig zum Prozesse vor und erhielt die Unterstützung namhafter Advokaten, die sich freiwillig dazu angeboten hatten. Leider ist es nun gar nicht zu einer Prozeßverhandlung gekommen. Die Verteidigung stellte den Antrag, die Anklage niederzuschlagen und der Richter nahm diesen Antrag an mit der Begründung, es bestehe kein Verbrechen, welches Eltern zwingt, ihren kranken Kindern ärztliche Behandlung zu verschaffen. Der Staatsanwalt wird gegen diesen wunderlichen Entschluß Berufung beim Obergericht einlegen, um einmal festzustellen, worin die Pflichten der Eltern ihren Kindern gegenüber bestehen.

**Regierungskunst.** Im neuesten „Simplicissimus“ giebt Severus folgende, aus dem Vorne tiefster Staatsweisheit geschöpfte Gedanken kund: „Man muß in der auswärtigen Politik Dummheiten machen, um die Aufmerksamkeit von der inneren abzuwenden, und dann muß man in der inneren Politik Dummheiten machen, um die Aufmerksamkeit von der auswärtigen abzuwenden.“ — Das ist das ganze Geheimniß der Regierungskunst.“

**Der berühmteste Torador Spaniens, Guerrita,** hat, nachdem er sich ein Vermögen von drei Millionen Pesetas erworben, seinem Berufe feierlich entsagt. Dieser Ceremonie, die in Cordoba, dem Wohnorte des Toradors, stattfand, haben die berühmtesten Stierkämpfer Spaniens beigewohnt. Guerrita hielt eine Ansprache an die Anwesenden, worauf dessen Frau vortrat und ihm mit einer Schere den Pops, das äußere Abzeichen des Toradors, abschneidte. Die Ceremonie wurde auch an den beiden Gehilfen Guerritas, von denen einer sein Bruder ist, vollzogen. Guerrita, der nun 37 Jahre alt ist, übte seinen Beruf seit 1880 aus und hat während dieser Zeit 2547 Stiere erlegt und 51 Wunden davongetragen.

**Der Mann des nächsten Jahrhunderts.** Ein Berliner Blatt theilt mit, daß ihm eine in Silber geprägte Medaille vorgelegen hat, die aus Anlaß des Jahrhundertwechfels geprägt wurde. Hauptseite: Ein mächtiger, mit Früchten reich beladener Apfelbaum, zu dessen Fuß ein großer Apfel liegt. Rückseite: Umschrift: Wer wird der Mann des XX. Jahrhunderts sein? In der Mitte auf glattem Grund der Spruch: „Ob süß der Apfel oder herb, nicht weit vom Stamm er fällt! Dies Wieder Sprichwort umgarnet fekt die Welt.“ Aus den hervortretenden Buchstaben wird der Name Herbert Bismarck gebildet. Welch' lächerliche Reflekt!

**Mafeking und Kimberley,** die augenblicklich so viel genannten Orte, schildert der „Standard“ folgendermaßen: Mafeking ist eine hübsche kleine Stadt an der Beischuanabahn etwa 8 engl. Meilen von der Transvaal-Grenze entfernt. Es ist der Hauptort der Grenzpolizei von Beischuanaland. Von dort aus gehen regelmäßige Züge nach den Goldfeldern von Malmani und dem Marikothal, in welchen letzterem sich sehr einträgliche holländische Farmen befinden. Kimberley, etwa 230 engl. Meilen südlich von Mafeking an der Bahn gelegen, ist als Mittelpunkt der Diamanten-Industrie bekannt. Die Bevölkerung betrug nach der letzten Zählung 29,000 Köpfe, darunter etwa die Hälfte Weiße. Es hat Hotels, Hospital, Sanatorium und die beste Stadtbibliothek in ganz Südafrika.

# Lübbecke's Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübbecke's Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **M. 1,60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Zuserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 266.

Sonntag, den 12. November 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu zwei Beilagen und „Die neue Welt.“

## „Ein alter Zopf“.

H. E. Ein alter Zopf soll abgeschnitten werden, bevor das Jahrhundert abläuft! So wird seit der Reise Bobbielki's nach Süddeutschland vergnügt von Blättern in die Welt posaunt, die sonst den ältesten Zöpfen kein Härchen krümmen lassen möchten. Und der Zopfabschneider selber soll Niemand anders sein, als das Land, dem noch so viele politische Zöpfe am Schopfe baumeln und dessen Staatsmänner nervös werden, so oft ihnen, den Zöpfen, eine Scheere naht.

Aber Zopf und Zopf ist zweierlei. Und wenn die Verpreßung Deutschlands damit fortschreitet, wird den ehrwürdigsten Zöpfen die Pietät gekündigt und es heißt: „Fort mußst du, deine Uhr ist abgelaufen!“

Wir reden von der Einheitsbriefmarke.

Scheinbar handelt es sich ja nur um etwas Aeußerliches, um ein Bildchen. Württemberg und Bayern, die bisher ihre eigenen Briefmarken hatten, so daß bislang in Deutschland dreierlei Marken bestehen, sollen mit dem Reichspostgebiet eine einheitliche Briefmarke erhalten. Das ist geplant. Einzelne Blätter haben das projektierte Markenbild bereits zur Anschauung gebracht: es stellt eine gekrönte Germania dar.

„Das Bild, o König, soll uns nicht entzweien!“ sagt Dreffes.

In Wirklichkeit handelt es sich aber um weit mehr: Mit der Einheitsmarke will ohne Zweifel Preußen dem Postreservatrecht Bayerns und Württembergs die Schlinge über den Kopf werfen, um es später ganz zu annektieren. Denn die Reichspost ist ja in der Verwaltung preussisch.

Wenn Preußen „vorn wäre, wie es hinten sein sollte“, will sagen ein freies, freisinniges, volks- und fortschritt-freundliches Gemeinwesen, so könnte man diese Vereinheitlichung nur freudig begrüßen. Denn daß die dreierlei Marken für den Verkehr manche Unbequemlichkeit haben, ist klar.

Es verhält sich aber hier wie bezüglich der Eisenbahngemeinschaft mit Preußen. Die süddeutschen Staaten mit ihrer billigeren Tarifen und ihrem zeitgemäßen Verwaltungsgeist überhaupt wehren sich gegen eine Verschlingung mit dem rückständigen Preußen und wollen die Verwaltung ihres Postwesens ebenso wie das ihrer Eisenbahnen in der eigenen Hand behalten.

Denn das liegt auf der Hand: die Vereinheitlichung des Markenzeichens wäre ein starker Schritt zur Vereinheitlichung der Verwaltung. „Die Einheit der Briefmarke kann nur soweit reichen als Einheit der Kasse besteht, getrennte Finanzen schließen eine Markeneinheit aus.“

Es ist zwar schon vorgeschlagen worden, eine Art Markengemeinschaft nach dem Muster der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft zu bilden, also die Marken-Einnahmen zusammenzuwerfen und sie nach einer gerechten Verhältnißziffer auf die drei Postgebiete zu vertheilen. Diese Idee sich allenfalls gewinnen auf Grund der bisherigen Einnahmen der drei Gebiete aus dem Markenverschleiß, für die ja Angaben über einen ausreichenden Zeitraum bereits vorliegen. Aber laßt wohl Jemand im Ernst, daß Herr von Bobbielki seinen Fußsargtritt nach Süddeutschland lediglich um des Markenbildchens willen gemacht hat?

Die „Kölnische Zeitung“ ist sehr ungehalten über das preußenfeindliche Bayern, wo die am Ruher sitzende ultramontane Partei dem Projekt schroff ablehnend gegenübersteht, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, welche die Markeneinheit als wünschenswerthen Fortschritt betrachten, der nur nicht ohne Befragen des Landtages eingeführt werden dürfe. (Man sieht, die Sozialdemokraten sind doch nicht so „reichsfeindlich“, wie sie verschrien sind). Dagegen ertheilt sie Württemberg eine Belobigung, das sich derselben entgegenkommender zeigt.

Es ist richtig, daß in Württemberg ein Particularismus nach Art des bayerischen, der in dem Blättchen des Herrn Dr. Sigl oft so drastischen Ausdruck findet, nicht besteht. Das in Württemberg geprägte Wort: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind“, richtet seine Spitze lediglich gegen preussische Reaktion, preussische Junkerei, preussischen Militär- und Polizeigeist.

Gleichwohl dürfte sich das rheinische Blatt arg verrechnen, wenn es sich einbildet, die württembergische Post-

verwaltung würde sich freundlichst so nach und nach von der Reichspostverwaltung aufsaugen lassen. Der württembergische Ministerpräsident ist ein liebenswürdiger Diplomat und hat gewiß der Nachfolger Stephan's mit ausgeglichener Höflichkeit behandelt. Wer sich aber erinnert, wie gründlich er dieses Frühjahr in der Kammer der Abgeordneten die Agitation für eine württembergisch-preussische Eisenbahngemeinschaft (analog der hessisch-preussischen) hat abblähen lassen, wird nicht zweifeln, daß er zur Aufgabe des Postreservatrechts nicht die Hand bieten wird, nicht einmal den kleinen Finger.

Möge also Preußen seinen Eifer für das Abschneiden von Zöpfen und für weitere Vereinheitlichung Deutschlands einstweilen auf anderen Gebieten betheiligen. Da ist zum Beispiel der Zopf der Dreiklassenwahl, dem sogar ein Bismarck keinen Geschmack abgewinnen konnte. Die Scheere her und das allgemeine, gleiche Stimmrecht eingeführt, wie es in Württemberg längst besteht. Da ist der Zopf des preussischen Vereinsgesetzes, das man in Preußen nur nennt, um sich davor zu bekreuzen. Und noch diverse Zöpfe und Zöpfchen. Schneidet Preußen diese ab und läßt den freieren, volkstümlicheren Geist des Südens in sein Staatswesen eindringen, so wird der Süden auch eher geneigt sein, auf seine Reservatrechte Verzicht zu leisten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Beauftragte der Flotteninteressenten, Herr Schweinburg, benützt bereits das Samoa-Abkommen dazu, im Sinne seiner Auftraggeber für die Flottenvermehrung Stimmung zu machen. Mit bemerkenswerther Blumpheit „deißelt“ er die Sache in seinem Blatte so: „In dem Hause der Freude (!) über den erregenen Erfolg darf jedoch nicht vergessen werden, daß die neuen Rechte, welche Deutschland erworben hat, auch Pflichten im Gefolge haben. Aber hier, wie auch im Leben gilt das Wort, daß, wer die Ziele haben will, auch die Mittel wollen muß.“ — Ergo: 48 neue Schiffe! Immer heran, meine Herrschaften!

Aus dem neuen Marine-Gesetz! Aus dem Marine-Gesetz für 1900, der gegenwärtig dem Bundesrathe vorliegt, werden bereits in Berliner Blättern folgende Angaben gemacht:

Das Kapitel „Rechtspflege“ erfordert 71 230 M., d. h. 35 609 M. mehr als für das laufende Jahr infolge der am 1. Oktober 1900 in Kraft tretenden Militärstrafgerichtsordnung. Bei dem Kapitel „Geldverpflügung der Marinebeihilfe“ treten in Folge des Flottengesetzes hinzu 1 Vizeadmiral (12 000 M.), 8 Kapitäne zur See mit je 8 400 M. u. i. u. Ferner sind hier neu eingeführt 3 pensionirte Offiziere mit je 1 440 M. Gehalt. Letztere Forderung wird wie folgt begründet: Die Zahl der Dienstvorschriften ist so angewachsen, daß es erforderlich wird, im Reichsmarineraum eine besondere Druckschriften-Verwaltung unter Leitung eines pensionirten Offiziers zu bilden. Der zweite pensionirte Offizier ist zur Bearbeitung nautischer Angelegenheiten von allgemeinem Interesse erforderlich, der Dritte für die Leitung des Arbeiterwohlfahrtswesens auf der Werft zu Wilhelmshafen bestimmt. Im Ganzen belaufen sich die Ausgaben des Ordinariums des Marinestats auf 73 946 433 M., d. h. 4 895 065 M. mehr als im laufenden Jahre. Im Extraordinarium werden folgende erste Annahmen veranschlagt: 2 500 000 M. für die Linienschiffe F und G; 2 000 000 M. für den großen Kreuzer B; je 1 300 000 M. für die kleinen Kreuzer E und F; 500 000 M. für das Kanonenboot A und 2 400 000 M. als erste Rate zum Bau einer Torpedobootsdivision. Im Ganzen sind für Schiffsbauten angelegt 48 934 000 M., also 4 348 000 M. mehr als für das Jahr 1899. — Für artilleristische Armirungen werden gefordert 17 986 000 M., d. h. 7 697 000 M. mehr als für 1899. Im außerordentlichen Etat wird eine erste Rate von 500 000 M. gefordert zum Bau von zwei großen Trocken-docks auf der Werft zu Wilhelmshafen. Die Herstellung dürfte nach einem vorläufigen Ueberschlag im Ganzen etwa 11 Millionen Mark erfordern. Zur Erörterung dieser Position wird geleßt: „In den Jahren 1895 bis 1897 sind seitens der Marineverwaltung 2 503 498 M. als Vergülte zur Erbauung eines großen Trockenocks in Bremerhaven an den Staat Bremen gezahlt worden. Für diese Beihilfe erhielt die Marine das Recht, das Dock gleichberechtigt mit den Schnelldampfern des Norddeutschen Lloyd, welcher das Dock in Bremen gepachtet hat, aber mit Vorrang vor den übrigen Schiffen der Handelsmarine zu benutzen. Zur Zeit des Vertragschlusses im Jahre 1892 erschien dies Abkommen praktisch. . . . Selbst bei ausgiebiger Benutzung des Docks in Bremerhaven seitens der Marine reicht dasselbe aber weder im Frieden noch im Kriege für den durch das Flottengesetz festgelegten Schiffsbestand aus, es sind vielmehr zwei weitere Docks auf der Wilhelmshavener Werft in unausweichbarem Bedarfnis. Werden dieselben nicht gebaut, so entstehen der Marine im Frieden für das terminmäßige Docken ihrer Schiffe große Schwierigkeiten, ganz abgesehen von den er-

heblich höheren Dock- und Reparaturkosten, welche andauernd dadurch erwachsen, daß die Linienschiffe auf fremder Werft statt auf den eigenen Werften gebaut und reparirt werden; andererseits wird der Lloyd zur Aufrechterhaltung seines Postdampferbetriebes die Schiffe zum größten Theil im Auslande docken lassen müssen. Bei drohendem Kriege aber und bei der Mobilmachung, wenn eine große Zahl von Linienschiffen zur Bodenreinigung gleichzeitig gebaut werden muß, entsteht bei unzureichender Dockgelegenheit in der Nordsee ein verhängnisvoller Nothstand. Nach einer Schlacht gar, wenn es darauf ankommt, die havariirten Schiffe möglichst schnell wieder gebrauchsfähig zu machen, würde Mangel an ausreichender Dockgelegenheit dazu führen, die Schlachtflotte in ihrer Aktion vollständig lahm zu legen. In dieser Zwangslage hat die Marine mit dem Norddeutschen Lloyd einen Vertrag geschlossen, nach welchem die Marine im Frieden auf ihre Rechte an dem Bremerhavener Dock verzichtet, der Lloyd dagegen an die Marine eine Entschädigungssumme von 1 700 000 Mark zu zahlen hat.“

Geordert wird ferner zum Bau eines Bassins auf der Polm-Finckel bei Danzig eine erste Rate von 700 000 M. Die Gesamtkosten der Anlage, welche ausreichende Liegeplätze schaffen soll für die auf den Werften fertig gestellten Schiffe, sind auf 3 243 000 M. veranschlagt.

Die Bindung en gros und die Nichtbindung en détail. Zur Flottenfrage hört die „Nat.-Sta.“, daß die Marineverwaltung nicht beabsichtigt, in der Art, wie es im Gesetz von 1898 geschehen ist, eine Verpflichtung des Reichstags zur Bewilligung der Geldmittel für die Ausführung des bekannten neuen Bauplanes zu verlangen; die Beschlussfassung über die in jedem Jahre vorzunehmenden Schiffsbauten soll alljährlich beim Etat erfolgen. Dagegen besteht allerdings die Absicht, in gesetzlicher Form auszusprechen, daß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, nach dem bekannten Plane bis zum Jahre 1917, die Flotte auf den in dem neuen Plane vorgesehenen Stand zu bringen ist, um dergestalt eine stärkere Sicherheit für die Durchführung des Planes zu erhalten, als sie in der allgemeinen Zustimmung eines Reichstages zu eines „Dentschrift“ liegen würde. Die Vorlage dürfte etwa im Januar im Reichstag eingehen. — Man will also den Reichstag im Großen binden, indem man ihm im Kleinen Freiheit läßt; das ist, wie wenn man einen Gefangenen an Händen und Füßen fesselt, ihm aber das Mundspitzen gestattet, wenn er pfeifen will. Wenn der Reichstag sich und die späteren Reichstage auf einen Flottenplan für 48 Schiffe bis 1917 bindet, in gesetzlicher Form bindet, so giebt er — daran ist nicht zu rütteln — in Marineangelegenheiten sein Budgetrecht im Großen preis. Nur behält er die armselige Freiheit, im einzelnen zu beschließen, ob in diesem oder jenem Jahre ein Schiff mehr oder weniger gebaut werden soll. Mit dem weniger aber hat es insofern einen Haken, als binnen 18 Jahren die Schiffe des Flottenplanes fertig sein müssen. Die anscheinende Konzession an den Reichstag ist mithin nicht so viel werth, als das Papier kostet, auf dem Herr Schweinburg und sein journalistisches Gefolge diese vermeintliche Konzession als ein „Entgegenkommen“ sondergleichen feiern werden.

„Vorlagen des Kaisers“. Ein offizielles Blatt hatte in byzantinischer Weise von „Vorlagen des Kaisers“ gesprochen, obwohl es thatsächlich nach der Reichsverfassung nur Vorlagen des Bundesrats und nach der preussischen Verfassung nur Vorlagen der Regierung geben kann. Das giebt der „Köln. Volksztg.“ Anlaß zu folgender wohlverdienten Zurechtweisung:

„Es kommt hier hauptsächlich auf die Taktik an, den Kaiser noch mehr als bisher in die Besuche zu stellen, indem man von „Vorlagen des Kaisers“ spricht. Gewiß liegt es im Sinne aller reaktionären Elemente, den Kaiser als Kugelfang zu benutzen; aber tapfer und mannhaft ist das nicht. Es ist auch politisch sehr gefährlich; mache man sich doch nur die Folgen klar. Jetzt werden von den Gesekentwürfen, welche die parlamentarische Winterkampagne beschäftigen sollen, schon drei (Zuchthaus-, Kanal- und Flottenvorlage. Red. d. „V.“) als „Vorlagen des Kaisers“ bezeichnet; erweist sich das Mittel probat, so bringt man nächstes Jahr vielleicht sämtliche Gesekentwürfe unter diese Rubrik. Augenmerklich will man dem Parlamente die Opposition erschwern. . . . Aber es ist auch ein Maß in den Dingen, und man soll nicht übertrieben, sonst bleibt dem Parlamente gar nichts Unberes übrig als zu sagen: „Wenn schon, denn schon.“ Der Reichstag und der preussische Landtag sind doch nicht dazu da, alle Wünsche des Kaisers zu erfüllen, sonst könnte man sich überhaupt alles Wünschen sparen. Heute vergeht im politischen Leben kaum eine Woche, ohne daß nicht für irgend eine Sache der Wunsch des Kaisers ins Gesek geföhrt wird. Man macht sich nicht klar, was die Folge davon sein muß: daß nämlich die Parlamente fortan überhaupt kaum mehr in der Lage sein werden, Wünsche des Kaisers zu berücksichtigen, wenn sie nicht selber abtanzen wollen. Man denke: die Flottenvermehrung, der Mittelkanal und das Zuchthausgesetz sollen als Wünsche des Kaisers angenommen werden, dafür aber soll den Parlamenten unbenommen sein, durch Ablehnung

einer Budgetposition von 1000 Mark oder einer Sekundärbahn von Spitzelbein nach einer Nachbarschaft ihre „Selbstständigkeit“ zu beweisen. Dann schließe man doch lieber beide Parlamentstuben zu. Es ist in dieser Beziehung schon so viel geschrieben worden, daß wir nur dringend mahnen können, auf diesem Wege einzuhalteln. Das Ergebnis wird schließlich kein anderes sein, als daß ausgesprochene Wünsche des Kaisers die Annahme eines Gesetzeswurfes erschwern, nicht etwa aus Antipathie gegen den Kaiser, sondern in der berechtigten Besorgnis der Abgeordneten, durch Jaagen dem ganzen Volke als rüden schwache „Niedermächten“ zu erscheinen, deren Ersetzung durch charaktervollere und selbständigere Männer notwendig sei.“

**Gegen die Zuchtanstellung.** Auf die Interpellation des Genossen Baubert im weimarischen Landtage, aus welchen Gründen die Regierung des Großherzogthums der Zuchtanstellung zugestimmt habe, erwiderte der Minister ausweichend. Baubert hatte nachgewiesen, daß die Verhältnisse im Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach am wenigsten Anlaß zu einem solchen Gesetz gegeben hätten könnten. Der Minister meinte darauf, Reichsgesetze hingen nicht von den Zuständen in den einzelnen Bundesstaaten ab. Die Antwort auf die Kernfrage ist also die weimarische Regierung schuldig geblieben.

**Die Wirkung des Flottenplanes auf die Kurse.** Bekanntlich Börsenpapiere hat der „Vorwärts“ untersucht. Danach beträgt die Kurssteigerung vom 17. Oktober, dem Tage vor der Hamburger Kaiserrede, bis zum 4. Novbr. für:

Werk	18.95 b. S.
Stettiner Balkan	18,95 b. S.
Sowaldt-Werke	17,50 "
Baroper Walzwerk	16,50 "
Bismarck-Hütte	14,25 "
Böckumer Gußstahl	13,25 "
Eggenloppel	10,10 "
Schweizer Bergwerk	20, — "
Friedrich Wilhelmshütte	7,15 "
Zeise- und Eisenwerk	8,25 "
Hesper Eisenwerk	41, — "
Bergbau-Gesellschaft Hochbahl	6, — "
Hölder Bergwerk	6, — "
Saurahütte	11,75 "
Westfälische Stahlwerke	10,90 "

Da weiß man doch, warum sich die Eisenbarone in Flottenbegeisterung stürzen.

**Der Bundesrath überwies in seiner Sitzung am Donnerstag den zuständigen Ausschüssen die Vorlagen betreffend** a) den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze, b) den Entwurf eines Gesetzes über die Unfallversicherung für Gefangene, c) die Verleihung von Korporationsrechten an die mit dem Sitze in Berlin gebildete „Gesellschaft Nordwest-Kamerun“, d) den Entwurf einer Verordnung über das Verfahren vor den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten. Die Zustimmung wurde ertheilt dem Antrag betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen der Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1899, dem Ausschufsantrag zu den Vorlagen vom 1. Juli und 21. Oktober d. J. betr. Abänderungen und Ergänzungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarife, dem Ausschufsantrag, betr. die Einrichtung der Quittungskarten für die Invalidenversicherung, dem Ausschufsantrag zu dem Entwurf von Vorschriften betr. die Entwerthung und Verwertung der Marken bei der Invalidenversicherung, dem Ausschufsantrag zu dem Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen im Münzwesen.

**Gefindeordnung in Elsaß-Lothringen.** Der elsass-lothringische Landwirtschaftsrath beschloß, zur Hebung der „ländlichen Arbeiternoth“ auf obligatorische Einführung von Arbeitsbüchern und Erlaß einer Gefindeordnung hinzuwirken. — Will man in den Reichsständen dadurch „moralische Eroberungen“ machen, daß man sie mit einer Einrichtung beglückt, die von allen Sozialpolitikern rückhaltlos bekämpft wird?

**Die Unfallversicherungsnovelle.** Wenn in der Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen die Versicherungspflicht auf Handwerk zweige ausgedehnt werden soll, so handelt es sich dabei, den offziösen „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge, nicht etwa um eine Wiederaufnahme der Ideen, die dem im Jahre 1894 veröffentlichten Entwurfe über die Einbeziehung von Handwerk und Handelsgewerbe in die Unfallversicherung zu Grunde lagen. Dieser Plan ist, was auch in der Begründung zu den neuen Novellen hervorgehoben werden dürfte, vorläufig wenigstens vollständig aufgegeben, und zwar schon aus dem Grunde, weil das Handwerk selbst sich in seiner großen Mehrheit gegen ihn ausgesprochen hat. Die Erweiterung des Versicherungstretzes, die in den neuen Novellen getroffen wird, umfaßt lediglich einige wenige Handwerkszweige. Hauptsächlich kommt in Betracht, daß die sämtlichen Arbeiter in für Bauten arbeitenden Betrieben versicherungspflichtig werden sollen. In einigen Punkten ist übrigens auf diesem Gebiete auch den Wünschen der Reichstagskommission zur Vorberathung der Novellen aus der Session 1896/97 Rechnung getragen.

**Kleinpolitische Nachrichten.** Die erweiterte Kanalvorlage soll nach der „National-Zeitung“ dem Abgeordnetenrathe im Februar zugehen. Für den Ausbau des Hafens von Genoa werde ein Etat von etwa 7 Millionen Mark gefordert werden. — Der Etat für das Schuggebiet Kanton St. Gallen mit 999250 Mk. und erfordert einen Reichszuschuß von 9780000 Mk. Der Gouverneur, Chef der Zivil- und Militärverwaltung und gleichzeitig oberster Befehlshaber der Besatzungstruppen, erhält 42000 Mk. Gehalt; ein Zivilkommissar und ein Kommissar für finanzielle Angelegenheiten je 18000 Mark, ein Oberst 12000 Mk. — Nach der jüngst vollzogenen Retraite-Verordnung hat der Kaiser persönlich bei der Feierlichkeit anwesend Generale in unterm Schloßhof zu einer längeren Ansprache zu sich veranlaßt. Ueber den Inhalt dieser Rede wird Schwärzen beobachtet, es verlautet aber, sie habe hoch-

politische Fragen zum Gegenstand gehabt. — Gegen den Pastor Weingart in Osnabrück hat das Konfessionsamt wegen Vergehens gegen die Rechtschaffenheit auf Amtsenthebung mit Ruhegehalt erlannt. — In Spandau wurde der Oberförsterwerker Edmann verhaftet wegen Verraths militärischer Geheimnisse. — Die Kreuznacher Aufuhr-Affäre, über die wir s. Bt. eingehend berichtet haben, kommt am nächsten Montag vor dem Schwurgericht in Koblenz zur Verhandlung. Es sind hierfür drei Tage angelegt und eine große Anzahl Zeugen geladen. Einige Angeklagte befinden sich auf freiem Fuße. — Bei der Stadtrathwahl in Kaiserlautern siegte die Liste der vereinigten deutschen Volksparteiler und Sozialdemokraten mit großer Mehrheit auf der ganzen Linie. Die Gegenpartei bestand aus Nationalliberalen, Konservativen, Zentrumslenten und Anhängern der sogenannten Rechtsanwaltschaftlichen Richtung. — Durch die Erzählungen seines Hauswirts über die Strapazen und Mühsereien des Militärdienstes beeinflusst, beschloß der Arbeiter Wilhelm Hauns aus Michelbach, in Mannheim wohnhaft, sich dienstaunlich zu machen. Er hatte sich mit dem Holzbeil den Zeigefinger der rechten Hand ab. Die Strafkammer in Mannheim verurtheilte ihn wegen Selbstverstümmelung zu dem gesetzlichen Strafminimum von 1 Jahr Gefängnis. — Ein Telegramm des „Stand.“ aus Moskau verzeichnet das Gerücht von der Absicht, eine Infanterie-Division nach Persien zu entsenden! — Der Bürgerkrieg in Venezuela, den man für beendet hielt, ist von Neuem entbrannt. Die Stadt Puerto Cabello hat sich gegen General Castro erhoben. Freitag sollte das Bombardement auf die Stadt eröffnet werden.

### Frankreich.

**Der französische Kriegsminister stellt in einem Rundschreiben an die Korpsführer fest, daß Niemand im Heer sich um sein Verbot bürgerlicher Kleidung kümmern und das Offizierkorps allenthalben es mit herausforderndem Trotz übertrete; er scharft das Verbot deshalb nochmals ein und bedroht Uebertreter jedes Ranges mit harter Strafe. Mit der Disziplin scheint es im französischen Heere sehr, sehr schlecht zu stehen.**

**Die Sitzung des Staatsgerichtshofes** wurde um ein Uhr eröffnet. Die Angeklagten wurden sofort in den Saal geführt. Hierauf schritt der Gerichtschreiber zum Namensaufruf der Senatoren. Beim Aufruf der Zeugen kam es zu lärmenden Austritten. Der Vorsitzende forderte die Angeklagten mehrmalig zur Ruhe auf. Zeuge Paulinmerly erhob lebhaften Einspruch, weil Donnerstag die Zeugen nicht der Verlesung der Anklageakte beimohnen. Der Gerichtsdienner führte in Folge dessen Paulinmerly aus dem Saal. Beim Namensaufruf des Oberst Monteil riefen einige Zeugen: „Es lebe Guerin, es lebe Deroulede, Nieder mit den Juden!“ Unterdessen wurde draußen vor dem Saale die Marschmusik gesungen. Ein Zeuge, der mit überlauter Stimme rief: „Es lebe Deroulede, es lebe das Heer!“ wurde auf Befehl des Vorsitzenden verhaftet. Mehrere Angeklagte erhoben sich von den Sitzen und protestirten heftig, inmitten des allgemeinen Lärmes. Um 3 Uhr war der Aufruf der Zeugen beendet. Der Staatsanwalt erklärte, er werde gegen die Zeugen, die Kundgebungen veranstalteten, keine Strafanträge stellen. Präsident Gallières ordnete die Freilassung der festgenommenen Zeugen an. Hierauf verlas Gallières die eingebrachten Anträge, die dahin gingen, den Senat für unzuständig zu erklären. Sodann wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung entwickelte Advokat Devin seine Schlußfolgerungen, er beantragte, der Senat möge sich für unzuständig erklären, da die Anklage wegen Angriffes auf die Sicherheit des Staates ausgeschieden sei und es sich nur noch um das Komplott handle. Devin verlas alsdann eine Anzahl Schriftstücke, um den Unterschied zwischen Komplott und Attentat festzustellen und gab einen historischen Ueberblick über die von dem Staatsgerichtshof seit 1820 abgeurtheilten Angeklagten. Redner schloß, der Staatsgerichtshof werde, wenn er sich für unzuständig erkläre, vor der Gerechtigkeit Achtung bezeigen. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben. — Nachmittags ereignete sich im Palais Luxemburg, wo der Senat bezw. der Staatsgerichtshof seine Sitzungen abhält, ein ernstes Zwischenfall. Im Zeugensaal griff ein auf Antrag Guerin's geladener Camelot, Namens Rinder, einen anderen Zeugen, den er für einen Sicherheitsbeamten hielt, thätlich an und schlug ihn. Als die städtischen Gardes ihn festnahmen, zog er einen Revolver. Mit Mühe gelang es, ihn auf das Polizeibureau zu bringen. Beim Verlassen des Palais Luxemburg veranstalteten einige Zeugen, die erst auf erneute Vorladung wieder zu erscheinen haben, verschiedene Kundgebungen; mehrere bereiteten Hochfeste eine Ovation und sangen die Marschmusik. Die Polizei zerstreute schließlich die Menge.

**Ueber den Clerikalismus in Frankreich** hat dieser Tage der Schriftsteller Urbain Gohier im Brüsseler sozialistischen Volksause einen Vortrag gehalten. Er führte aus: Frankreich hatte die religiösen Orden ausgewiesen, heute aber sind nicht weniger als 200 000 Mönche im Lande. 1789 belief sich ihr Vermögen auf vier Milliarden, heute ist es auf zehn Milliarden angewachsen, dabei sind die Reichthümer nicht inbegriffen, die die Klöster unter Decknamen besitzen. Die Finanzmacht der Klöster ist so groß, daß sie an einem einzigen Börsentag den Kredit Frankreichs heruntersinken lassen können, wie man das während des Drehfußprozesses und nach der Entlassung des Generals Regnier gesehen hat. Die Clerikale sind Herr über die Großindustrie, über die Gerichte und die Armee. Sie besitzen eine einflussreiche Presse, in allen Distrikten besteht je ein clerikales Blatt, auch das „Petit Journal“ und die „Libre Parole“ stehen unter clerikalem Einfluß. Die Clerikale sind weiter die Meister des öffentlichen Unterrichts, vor Allem aber ist die Armee durch und durch clerikal. Alle Böglinge der Clerikale werden in die besten Klöster abgeschoben, in der Kriegsschule von St. Cyr liegt beständig eine öffentliche Adressenliste für den Papst auf. Durch den unbedingten Einfluß der Clerikale steht die französische Armee heute auf einem

niedrigeren Stande als die spanische. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte der Redner zum Kampfe gegen den Clerikalismus auf.

### England.

**Bei dem Lordmayors-Banket** hielt Salisbury eine Rede, in welcher er ausführte, das Abkommen mit Deutschland bezüglich Samoa sei für beide Mächte gleich vortheilhaft, die Beziehungen zu Deutschland seien so, wie sie sich nur wünschen lassen. Der Krieg in Südafrika sei nicht in Folge der britischen Forderungen hervorgerufen; denn als das Ultimatum Transvaals abgehandelt war, seien die britischen Forderungen zurückgezogen gewesen; er könne die Zukunft nicht vorausagen, habe aber volles Vertrauen zu den britischen Soldaten unter Buller's Führung. England suche keine Goldfelder, kein Gebiet, sondern Gleichberechtigung aller Rassen; England werde keine Intervention zulassen.

### Transvaal.

**Die Erhaltung der Selbstständigkeit** Transvaals scheint im Rathe der Großmächte nicht zweifelhaft zu sein, mindestens aber der österreichisch-ungarischen Regierung für sicher zu gelten. Sie hat mit der Regierung der Transvaalrepublik Verhandlungen wegen Errichtung eines österreichisch-ungarischen Konsulats in Pretoria eingeleitet. Das hätte keinen Sinn, wenn man in Wien nach diplomatischen Informationen mit einem baldigen Aufgehen Transvaals in englischem Besitz rechnete.

**Vom Kriegsschauplatz.** Endlich ist das erste Schiff in Kapstadt eingetroffen. Es führte zwei Bataillone Infanterie an Bord und wurde ohne Aufenthalt nach Durban weiterdirigirt. Dort kam es vor Montag nicht ankommen. Die Buren hoffen, etwas früher da zu sein, aber selbst wenn sie später ankommen, würden zwei Bataillone die Besetzung der den Hofen beherrschenden Bergzüge nicht verhindern können. Sonst liegt aus Kapstadt nur eine langsam anhaltende Depesche vor; sie spricht von friedlicher Beilegung. Ihr Wortlaut ist:

„Hier ist die Meinung unzweifelhaft vorherrschend, daß die Bewunderung, welche durch den Muth der Buren bei den letzten Kämpfen hervorgerufen wurde, eine vortreffliche Vorbedeutung für eine künftige friedliche Beilegung bildet. Die gefangenen Buren sind jetzt an Bord des Kriegsschiffes „Penelope“ in Simonstown gut untergebracht, es ist ihnen gestattet, Besuche zu empfangen. Sie drücken alle ihre Dankbarkeit für die freundschaftliche Behandlung aus und zollen der Leistungsfähigkeit der englischen Artillerie hohe Anerkennung.“

Endlich giebt man auch in London zu, am 6. bereits gewußt zu haben, daß die Buren Colenso in Besitz haben. Das Gerücht hat also vier Tage gebraucht, um sich durch das Ugenmeer englischer Kabeldepeschen zu arbeiten. Mit Petermaritzburg's Einnahme wird's ebenjo gehen. Wie amtlich gemeldet wird, sollen die an Bord des bei den Kap-Berdischen Inseln von einer Havarie betroffenen Transportschiffes „Persia“ befindlichen Truppen auf den am 14. November in Southampton abgehenden Dampfer „Goth“ gebracht werden. Sie können dann etwa Mitte Dezember in Südafrika aktionsfähig sein. Londoner Blätter erfahren, daß in Woodville und Davenport Befehle zur sofortigen Mobilisirung eines Belagerungsgeschwars eingeklungen sind. Sonst liegt noch folgende amtliche Meldung vor: Eine Depesche des Generals Buller aus Kapstadt vom 9. November abends besagt: Eine Taubenpostmeldung von General White berichtet, daß die Beschießung von Ladysmith mit weittragenden Geschützen fortgesetzt werde. Die Engländer haben täglich einige Verluste, doch wird kein ernstlicher Schaden angerichtet. Die Verschonungen der Engländer werden täglich stärker, der Lebensmittelvorrath ist reichlich. Das Datum der Taubenpost giebt General Buller nicht an. Sollte es vielleicht eine „schwarze Taubenpost“ sein?

Ergleich nach den letzten Berichten über das Gescheh bei Ladysmith die Meldungen der Eingeborenen über große Erfolge der Engländer sich als übertrieben herausstellen, scheint es doch sicher, daß am 2. und 3. November im Süden und Westen der Stadt ganz ernste Gefechte stattfanden, bei denen die Buren sehr schwere, die Engländer verhältnißmäßig unbedeutende Verluste erlitten.

Die „Daily News“ melden aus Burghersdorp vom 6. d.: Eine große Burenreitendacht zog durch Jamestown in der Richtung auf Queenstown. Die Kräfte nördlich von Colenso ist gedrängt. — „Daily Mail“ meldet aus Colenso: Die Buren besetzten Benterstad.

Das Bureau Reuter meldet aus Eticourt vom 6. Novbr. Der Kanzenzug wurde heute wieder ausgesandt und kehrte hierher zurück, nachdem er den 170. Meilenzeitiger erreicht hatte, ohne etwas vom Feind gesehen zu haben. Die Zugmannschaft traf einen aus Ladysmith kommenden Ausländer und erfuhr von ihm, daß die Buren die Schienen bis eine Meile vor der Station Colenso aufgerissen haben. Die Buren seien zahlreich in der Nachbarschaft und hätten große Kanonen aufgeführt. Fünf Schiffe seien nach Colenso eingeschossen worden. Nachdem dann die Buren festgestellt, daß Colenso ganz geräumt war, zogen sie in die Stadt mit fünf leeren Waggons ein. Sobald die Zugmannschaft unverzüglich in Erfahrung gebracht, daß Colenso wirklich im Besitz der Buren sei, kehrte sie wieder zurück.

Die „Times“ melden aus Lourenco Marquiz vom 6. d. d.: In der Delagoa-Bai halten sich zahlreiche Geheimpolitiken auf, die über die Bewegungen der britischen Reichstruppen Erlundigungen einziehen. — Der Telegraphendraht zwischen der Delagoa-Bai und Pretoria ist noch nicht abgekürzt, sondern während eines Ortsanfertit worden.

Das englische Kriegsministerium veröffentlichte Freitag folgende Depesche des Generals Sir Redvers Buller aus Kapstadt: Nach einer vom 3. November datirten Meldung aus Bulwayo ist am 2. November eine zu den Truppen des Generals Plumer gehörende kleine Wagenkolonne nebst Begleitmannschaften von den Buren angegriffen worden. Sachs Mann werden vermißt, die Wagenkolonne ist verloren gegangen. Das Kriegsministerium veröffentlichte sodann noch folgenden Bericht: Da von südafrikanischen Blättern gemeldet wurde, daß die englische Artillerie auf die Genfer Flagge geschossen habe, telegraphirt General Buller folgendes über diesen Vorfall: Die Engländer glaubten, nachdem der erste Kanonenschuß abgefeuert war, daß die Buren sich auf der Bahnsation befänden, und feuerten deshalb auf diese; die Buren waren jedoch nicht dort. Der Kanonenschuß traf in eine Ambulanz. Sobald die Engländer ihr Versehen bemerkten, stellten sie das Feuer ein. Die Ambulanz hätte nach den üblichen Vorschriften drei Meilen vom Schlachtfelde entfernt stationirt werden müssen; daher kann gegen die Engländer kein Vorwurf erhoben werden. Amlich wird gemeldet, daß der Union-Dampfer „Moor“ mit dem Generalkapitabs-Offizieren des nach Afrika entsandten Armeekorps an Bord Freitag früh in Kapstadt eingetroffen ist.

### Ubed und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 11. November. Der Grundstein des im Entstehen begriffenen Vereins-hanssaales wird am Montag gelegt werden. Am Tage vor

dem Zusammenritte des Arbeiterparlamentes in Hannover ward mit dem Abbruch der alten Gebäude begonnen, heute liegt der große Raum frei da, Bauarbeiter und Maurer arbeiten um die Wette, das Werk recht bald zu vollenden, das wohl das beste seiner Art sein wird, welches Lübeck in seinen Mauern umschließt. Die Genossenschaftsbücherei hat in richtiger Würdigung der Dinge den rechten Augenblick wahrgenommen, um für die Scharen der organisierten Arbeiter, die von Woche zu Woche anschwellen, ein eigenes, allen Anforderungen auf Jahrzehnte hinans genügendes Heim zu schaffen. Ihr gebührt die Anerkennung der Vereine und Gewerkschaften, deren Wünsche sie so bereitwillig erfüllt hat. Und so wird denn auch den stattlichen Bau vom Grund bis zum ragenden Giebel die Hoffnung der Arbeiter in seinem Erstehen begleitet, daß er ein äußerliches Band um die Proletarier schlingen und so ihre innerliche Zusammengehörigkeit festigen möge. In diesem Sinne nehmen auch wir von der Grundsteinlegung Notiz.

Ueber die Entstehung der Buchstaben vorlagen der Schrift will das Amtsblatt „genau unterrichtet“ sein. Na, woher der ganze Nummel stammt, wissen doch die kleinen Kinder! Das ist doch schneidig genug in die Welt hinaus-trompetet worden!

## Achtung, Gewerbegerichtswähler!

Die Wählerlisten liegen bis Donnerstag, den 16. November einschließlich von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr im Zimmer Nr. 1 im Obergeschoße des Rathhauses aus.

Nehmt Einsicht in dieselben, damit ihr nicht Euer Wahlrecht verliert! Mundert die Gleichgültigen auf!

„Schutz den Arbeitswilligen.“ Die „Lüb. Anz.“ haben eine stehende Rubrik eingerichtet, in der sie maßlos, wie es überhaupt bei ihnen üblich, alles unterbringen, was an Hintertreppenromanen unter obiger Spitzmarke seit Monaten zusammenphantasirt und gelogen worden ist. Die „Terroristen“ dieser Romane tragen merkwürdiger Weise durchweg Namen wie Schulze, Müller, Schmidt und Meier, die „Terrorisrten“ solche, die an Krapulinski und Schubiatski, Waschlappski und Selinski gemahnen. Wir sind überzeugt, daß selbst der Denkschrift Geheimerath sich hüten wird, seine Akten mit diesem Unrath zu beladen.

Öffentliche Versammlungen, einberufen vom Verbannde der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, finden statt morgen, Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr in Fackenburg bei Paetau und abends 8 Uhr in Schwartau bei Wwe. Timm. In beiden Versammlungen wird Genossin Luise Fieß aus Hamburg sprechen über das Thema „Liebe Deinen Nächsten als Dich selbst!“ Mögen die organisierten Arbeiter für volle Säle sorgen, damit neue Mitglieder den Vereinigungen beigefügt werden.

Vom einem Gebietsaustausch zwischen Oldenburg und Lübeck — Schwartau gegen Dissen-Curau — kann nicht die Rede sein, weil, wie der „Eisenb.-Ztg.“ aus bester Quelle berichtet wird, die Verwirklichung des Planes höheren Ortes auf entschiedenen Widerspruch stößt. Ermühtlich!

Eine Volks-Versammlung findet am Montag, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Central-Hallen“, Dantwartstraße, statt. Reichstags-Abgeordneter Th. Schwarz wird über „Kolonialpolitik, Weltpolitik, Flottenpolitik“ sprechen. Da es sich — nach Veröffentlichung der neuesten Wünsche Regirs — um brennende, hochwichtige Tagesfragen handelt, darf wohl vorausgesetzt werden, daß die Steuerzahler in Massen erscheinen und zu den ungeheuerlichen Zumuthungen an ihre finanzielle Leistungsfähigkeit Stellung nehmen werden.

— Aus dem Fenster gefallen ist am Donnerstag Nachmittags beim Fensterklären das Dienstmädchen des in der Fackenburg Allee wohnenden Gärtners R. Das

Mädchen, welches sich in ärztlicher Behandlung befindet, hat äußerlich wahrnehmbare Verletzungen nicht erlitten, doch klagt es über Schmerzen in der Seite.

pb. Einer Unterschlagung verdächtig sind zwei Meiereiburschen der hiesigen Genossenschaftsmeierei, welche sich heimlich entfernt haben sollen. Gleichzeitig stellt sich heraus, daß einem Milchfuhrman eine Tasche mit circa 100 Mk. Inhalt gestohlen ist.

pb. In Haft gerietten vier Bettler und ein Trunkener.

Die Tischlerarbeiten an den Gebäuden der hanseatischen Versicherungsanstalt in Gr. Hansdorf, welche in 1. Submission Herr Senff erhalten hatte, von denen dieser jedoch zurückgetreten ist, hat in zweiter öffentlicher Verdingung Tischlermeister Voigt in Hamburg für 16 1/2 Mk. zugeschlagen bekommen. Es handelt sich um restliche Arbeiten, da Herr Senff, der noch unter obiger Summe in seinem Angebot geblieben war, bereits einen Theil geliefert hat.

Schlutup. Senff nach Tisch. „Die von anderer Seite gebrachte Meldung, daß hier Arbeitermangel herrsche“, ist, so schreibt man von hier der „Eis. Ztg.“, unrichtig. Der „Arbeitermangel“ hat die kürzlich erfolgte Lohn-erhöhung, die den hiesigen Arbeitern herzlich zu gönnen ist, nicht gezeitigt. Es kann ferner wiederholt behauptet werden, daß von einzelnen Geschäften der Tagelohn seiner Zeit ohne Antrag erhöht worden ist.“ — Seltsam, daß unter solchen Umständen der hiesige Korrespondent von zwei bekannten Blättern das Gegenteil behaupten konnte! Das müßte ja ein ganz unwissender und leichtfertiger Mensch sein! Nein, wäre man sofort, als es an der Zeit war, hiermit gekommen, hätten wir's allenfalls geglaubt, so aber ist es nichts, als eitel Fünkerei, die veripäet zum Durchbruch kommender Aerger sich leistet.

Swartau. Neunuhrladen-schluß. Die hiesigen Geschäftsleute haben unter sich vereinbart, vom Montag, den 13. November, an ihre Geschäfte um 9 Uhr abends zu schließen, mit Ausnahme der Sonnabende und der 14 Tage vor Weihnachten. Die Einwohner von Schwartau und Umgebend werden ersucht, diesen nur gut-zugehenden Beschluß beachten zu wollen.

Swartau. Vom Soolbad. Daß wir Recht hatten, als wir von der derben Nase berichteten, welche die Soolbadwäter von der Regierung bekommen, giebt jetzt auch der hiesige Reporter der „Eisenbahn-Ztg.“ zu. Die Regierung verlangt eben Sicherstellung und Tilgung der Anleihe in bestimmter Frist. Dafür können natürlich die Entrepreneure nicht aufkommen, Privatleute wollen sich selbstverständlich bei einer so windigen Geschichte nicht den Geldsack erkälten, und so „wird wohl Alles beim Alten bleiben.“ Das verlegene Hüpfen auf der Felswiese der „Eisenb.-Ztg.“ war also überflüssig.

\* Gutin. Die Nachwahl für den Abgeordneten Bahldick, dessen Mandat für ungültig erklärt wurde, findet am Donnerstag, den 16. d. Mts., Nachmittags 12 1/2 Uhr, in „Stadt Hamburg“ hieselbst statt. — Die Gemeindesteuenerhebung erfolgt im 1. und 2. Bezirk am 13. und 14., im 3., 4. und 5. Bezirk am 15., 16. und 17. d. Mts.

Hamburg. Aus der Seeberufsgenossenschaft. Vor der Strafkammer II des Landgerichtes hatte sich gestern der frühere Bureauchef der Seeberufsgenossenschaft, Stöver, wegen großartiger Unterschlagungen zu verantworten. Er hat die Genossenschaft, die sich durch besonders kümmerliche Rentenzahlung auszeichnet, um etwa 60 000 Mark geschädigt, obwohl er 13 500 Mark pro Jahr als Gehalt erhielt und ferner noch außerordentlich hohe Beträge für Reispesen und Diäten bezog. Das Geld hat er verspekulirt, auch will er als guter „Patriot“ für zwei Kriegervereine,

denen er angehörte, große Summen verpulvert haben, schließlich sind ihm Wein, Weiß und — Zigarren sehr theuer zu stehen gekommen. Die Verbrechen, die nach Ansicht des Vorsitzenden des Gerichtes durch unordentliche Buchführung mitverschuldet sind, wurden vom Vorstande der Genossenschaft, speziell dem bekannten Rheder Laeisz, erst sehr spät entdeckt. Der Staatsanwalt beantragte gegen St. 6 Jahre Gefängniß, 10 Jahre Ehrverlust. Das Urtheil wird am nächsten Freitag verkündet werden.

Hamburg. Kindes selbstmord. Das Mädchen des Arbeiters Helberg ertränkte sich in einem Abwasserkanal, weil es in der Schule kein gutes Zeugniß erhalten hatte und in eine untere Klasse zurückversetzt werden sollte.

Kiel. Marineunfall. Bei der Probefahrt des neuen Kreuzers „Vineta“ erfolgte, wie man dem „S. Fr.“ telegraphirt, eine Rohr-Explosion, wodurch das Schiff betriebsunfähig wurde und in den Hafen zurückkehren mußte.

Rostock. Reichstags-Abgeordnete zweiter Klasse giebt es in Mecklenburg. Während man vor längerer Zeit dem Genossen Dr. Herzfeld es verwehrte, den Wählern des Wahlkreises Rostock-Doberan Rechenschaft über seine Abgeordneten-Thätigkeit abzulegen, reißt jetzt Domänenrath Rettich, Vertreter für Hagenow-Großmühlen, in seinem Kreise unbehindert umher, um „einen Ueberblick über die Thätigkeit des Reichstags in der letzten Legislaturperiode und die bevorstehenden Verhandlungen zu geben.“ — Wenn der Reichstag sich diese verschiedenartige Behandlung seiner Mitglieder stillschweigend gefallen läßt, darf man sich nicht wundern, wenn man in gewissen Kreisen über ihn die Nase rümpft.

Lüneburg. Lohn-erhöhung. Die hiesigen Zimmerleute hatten an ihre Arbeitgeber das Ersuchen gestellt, den Lohn zu erhöhen. Das Baugewerkamt bewilligte ohne Weiteres die Forderung. Nunmehr zahlen die Zimmermeister denselben Lohn, den sich auch die Maurer in 17wöchentlichem Kampf errungen haben, 42 Pfg. pro Stunde. Ein kleiner Theil der Zimmerer verdienten den Lohn schon.

### Briefkasten.

E. W. Rakeburg. Am Sonntag ist nur Genosse Friedrich am Orte. Er ist bis 12 Uhr in der Redaktion.

Parteigenossen, welche gewillt sind, mit nach Moor-garten zu gehen, wollen sich zu dem Zuge 345 auf dem Bahnhof einfinden.

W. M. Cutin. In die Handwerkskammern werden auch Gesellen gewählt und zwar aus den Gesellen-ausschüssen des Bezirks, in dem die Handwerkskammer ihren Sitz hat. Sind bei Euch denn überhaupt schon Gesellen-ausschüsse gewählt? Wir möchten sehr daran zweifeln, da wir bisher nirgends etwas hörten noch sahen.

Hamburg. Am neunten Ziehungs-tage der 7. Klasse der 316. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 76306 96200 107661 mit je 5000 Mk.; Nr. 44710 55547 64804 103841 mit je 3000 Mk.; Nr. 15955 19233 36747 54670 57368 64623 74599 76158 80156 80329 94814 mit je 2000 Mk.; Nr. 68 187 1981 2669 6508 7471 12932 13100 17512 20493 22839 24362 25232 26132 27167 28662 29500 29549 32407 35752 41197 48509 49579 50961 66877 67964 69478 72626 74762 77260 77542 80976 90261 102603 102816 104449 105294 108351 110348 112088 112241 114054 115492 115871 116090 mit je 1000 Mk. (Ohne Gewähr.)

### Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 10. November

#### Butter.

I. Qualität	Mk 108—115
II. Qualität	102—107
Ferner:	
Nasallende und ältere Waare	110—115
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	90—100
Galicische und ähnliche	89—80
Sinnländische Sommer-	95—104
Amerikanische Waare	82—92

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen an  
Gustav Johannsson und Frau,  
geb. Stammer.

Für 1—2 junge Leute ein gutes Logis mit voller Pension  
An der Mauer, Ecke der Weberstraße 41 a.

Freundl. Logis Schäfersstraße 52, 2. St.

Fein-Mechaniker sucht Stellung  
Langer Lohberg 35.

Laufbursche  
für den ganzen Tag per sofort sucht  
Wetthaus „Goldene 33“.

Gesucht zu Ostern 1900 ein Lehrling  
G. Koch, Barbier und Friseur,  
Mühlenstraße 5.

Ein gut erhaltener Ueberzieher  
passend für 14—16 Jahren, billig zu verkaufen  
Näheres in der Exped. d. Bl.

Kanarienvoller von 6—20 Mk.  
bei Wilh. Schmoor, Hinter St. Petri 7.

Ein Sopha billig  
Hartengrube 50, 1. St.

### Colonial- u. Fettwaren

zu den billigsten Preisen empfiehlt

Heinr. Cords, Engelwisch 35.

Schöne gelblichende Magnum bonum-Kartoffeln, Faß 40 Pfg., Französische, Faß 50 Pfg., sackweise billiger, empfiehlt

A. Hansen, Düstere Querstr. 6.

Pa. hiesiges Schweinef. Pfd. 55 Pfg.

„ Kalbfleisch Pfd. 40 Pfg.

„ fetten und mageren Speck Pfd. 70 Pfg.

„ Queenfleisch Pfd. 55 Pfg.

„ gekochte Würst Pfd. 60 Pfg.

„ geräucherte Würst Pfd. 70 Pfg.

empfehit

W. Strohsfeldt

Glockengießerstraße 73.

Gesucht sofort ein Rutscher

der stadtkundig ist Fischergarbe 22.

Sonntag Morgen große Parthie

Lützenburger Kerbel

in Strampfer's Gasthof, Schwartau.

Verkauften ein großer gelber Kater.

Abzugeben gegen Belohnung Kupferstraße 15.

Entlaufen ein rehuhfarbiges italien. Pennelkuten. Abzugeben gegen Belohnung Friedenstraße 15.

### Drucksachen

in Buch- und Stein-

werden gut und sehr billig angefertigt. Großes

Lager von Wein- und Liqueur-Etiquetten.

L. Schmidt, Lübeck, Schüsselboden 4.

### Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft

Fischergrube 52

empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden

aller Gegenstände prompt u. billig.

Rum, Arrac, Cognac,

direct impotirt, auch Verschnitt,

div. Krankenweine empfiehlt

J. Schlichting,

Untertrave 113.

### Prima dicke Flohmen

Pfund 60 Pfg.

W. C. Köppke

Klittingberg 4.

Prima

weißes Flohmenschmalz

Pfund 60 Pfg.

W. C. Köppke

Klittingberg 4.

### Johs. Tollgreve

Königsstraße 92

Gold-, Silber- u. Alfenidewaren.

Anfertigung von Neu-Arbeiten.

Reparaturen billigst.

### Speise-Halle „Neptun“

Schiffstraße 14, 1. Stg.

Großer Mittagstisch 11 1/2—2 Uhr

à Person 50 und 40 Pfg.

Täglich 4—5 verschiedene Gerichte zur Auswahl.

Abendessen von 6 bis 9 Uhr

à Person 40 und 30 Pfg.

5—6 Theile zur Auswahl.

Im Abonnement sind Mittags- u. Abendarten bill.

### Hochfeinen Caffee

(eigene Röstung)

im Preise von 0,80—1,50 Mk.

empfehit

Johs. Schwabroh, Moislinger

Achenbach

Große Burgstraße 1 a

empfiehlt billigt für den Winterbedarf

allerfeinste Lanenbg. Kartoffeln

and faßweise, ferner Brennholz.

Einem geehrten Publikum der Vorstadt St. Lorenz zur gefl. Nachricht, daß ich mein  
**Drogen-, Farben-, Parfümerie- und Seifen-Geschäft**  
 von der Wickelstraße 48 nach der **Fackenburger Allee 32**  
 vis-à-vis der alten Kaserne verlegt habe.  
**Otto Fehlauer.**

**Achtung!**  
**Kohlenarbeiter!**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Montag den 13. November  
 präcise Abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom Ball.  
 2. Fragekasten.  
 3. Verschiedenes.  
 Um das Erscheinen der Mitglieder erucht  
**Der Vorstand.**

**Mitglieder-Versammlung**  
 der  
**Schauerleute**  
 am Montag den 13. November  
 Abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 Um zahlreiches Erscheinen erucht  
**Der Vorstand.**

**Sanitätsverband**  
 Bei der am Sonntag den 5. November stattgefundenen Verlosung sind die auf folgende Losnummern gezogenen Gewinne noch nicht abgeholt worden:  
 245, 508, 722, 1033, 1142, 1330, 1844, 2005, 2052, 2440, 4084, 4286, 4684, 4897, 4963, 5357, 5407, 5965.  
 Dieselben sind bis zum 26. November 1899 im Bureau des Verbandes, **Gundestraße 37**, abzuholen. Die bis dahin nicht abgeforderten Gewinne verfallen der Kasse des Verbandes.  
**Der Vorstand.**

**Wakenitz-Ruh.**  
**Auspielen**  
 von fetten Gänsen, Enten, Karpfen auf einem Ziehbillard  
 am Sonntag den 12. Novembr.  
 Anfang Morgens 11 Uhr. Einloß 50 Pfg.  
 Hierzu ladet freundlich ein **F. Franz.**

**Berschießen**  
 von  
 Rauchfleisch, Wurst und Schinken  
 am Sonntag den 26. Novbr.  
 im Locale des Herrn F. Leeke  
 Lederstraße 3.  
 Einsatz 30 Pfg., wofür 3 Stösse.  
 Hierzu ladet freundlich ein **F. Leeke.**

**Hafen-Restaurant.**  
**Auspielen**  
 von  
 fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch  
 auf einem Ziehbillard  
 am Sonntag den 12. Novembr.  
 Anfang Morgens 11 Uhr. Einloß 50 Pfg.  
 Hierzu ladet ergebenst ein **J. Baatz.**

**„Stadt Stockholm“**  
 Engelsgrube 87.  
**Verschossen**  
 von  
 fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch  
 am Dienstag den 14. Nov.  
 Anfang Morgens 10 Uhr.  
 Hierzu ladet freundlich ein  
**Carl Kebien und F. Meyer.**

# Total-Ausverkauf!

des gesammten Waarenlagers der Firma **Gebr. Bandsburger, Holstenstraße 10,**  
**wegen Geschäftsauflösung!**  
 Um mit unseren großen Vorräthen in kürzester Zeit gänzlich zu räumen, haben wir in allen Abtheilungen des gesammten Waarenlagers nochmals  
**ganz bedeutende Preisermäßigungen**  
 eintreten lassen, und bietet sich Ihnen hierdurch eine selten günstige Gelegenheit, Ihren Bedarf an  
**Herren- und Knaben-Garderoben**  
 zu bisher noch nie dagewesenen Preisen zu decken.  
**Es liegt in Ihrem eigenen Interesse**  
 sich davon zu überzeugen, daß diese Bekanntmachung der wahren Thatsache entspricht, daß  
**wegen vollständiger Geschäftsaufgabe**  
 total ausverkauft und bis auf das letzte Stück geräumt sein muß; daher wird ohne Rücksicht auf sonstige Preise abgegeben:  
**Winter-Paletots** in diversen Stoffen, Farben und Größen, früher Mk. 7 1/2, 9, 13 1/2, 18, 26, 30, 40, 46, jetzt nur Mk. 4 1/2, 6,75, 7, 10,50 14, 18, 24, 25  
**Herren-Anzüge** in Gehrock, Rod- und Jackett-Jacon, in allen Größen, Qualitäten und Farben, früher Mk. 9, 12 1/2, 14, 17, 20, 23 1/2, 30, 40, 48, jetzt nur Mk. 5, 7, 8,50, 10, 13,50, 14, 19, 25, 27.  
**Joppen u. Jacketts,** 1. u. 2reih., mit u. ohne Gurt wie Jack, in div. Stoff, Größ. u. Farb., mit u. ohne warm. Futter, früher Mk. 6 1/2, 8, 10, 12, 14, 17, 21, jetzt nur Mk. 3 1/2, 4 1/2, 5 1/2, 7, 9, 10,50, 14.  
**Pellerinen-Mäntel** in allen Größen u. Farben, früher Mk. 13,50, 16 1/2, 20, 23, 26, 32, 43, jetzt nur Mk. 7, 9, 12, 15, 18, 19 1/2, 24.  
**Herren-Hosen** in allen Jacon, Längen u. Weiten, früher Mk. 2 1/2, 3, 5, 7, 10, 12, 15 1/2, jetzt nur Mk. 1 1/4, 1 1/2, 3, 4 1/4, 6 1/2, 7, 10.  
**Knaben- und Jünglings-Anzüge, Pellerinen-Mäntel und Paletots, sowie sämtliche Arbeiter-Garderobe** zu jedem nur annehmbaren Gebot.  
 Sämtliche Jacon, Größen und Weiten sind vorräthig. — Unser Personal ist streng angewiesen, Niemand zum Kauf zu animiren, den nicht die Billigkeit dazu veranlaßt. Umtausch — soweit Vorräthe vorhanden — gestattet.  
 Unsere Geschäfts-Localitäten sind Wochentags permanent von Morgens 7 bis Abends 10 Uhr, Sonntags von 7—9 und von 11 bis 1/2 Uhr für den Verkauf geöffnet.  
**Total-Ausverkauf.**  
**Gebr. Bandsburger,**  
 nur allein Holstenstraße 10. **nur allein Holstenstraße 10.**

# Schuhe und Stiefel.

**Herren-Anstiefel** und extra starke **Schaftstiefel**, Handarbeit.  
**Arbeiter-Laschen- und Klappen-Schuhe**, starke Handarbeit, Mk. 4,40, 4,75.  
**Herren-Blüsch-Cordtuch-Schuhe**, alle Größen, . . . . . Mk. 1,70.  
**Kinder-Blüsch-Cordtuch-Schuhe** . . . . . von Mk. 0,80 an.  
**A. Drenske Nachf.,** Breitestraße 21,  
 nächstes Haus Ede Pfaffenstr.

**Winter-Paletots**  
 in soliden haltbaren Stoffen und bester Verarbeitung, zum größten Theil in eigener Werkstatt angefertigt, empfehle billigt  
**Joh. Klempau,** Mühlenstr. 32, Ede Kapitelstr.

**Großes Lager**  
 in  
**Uhren**  
 aller Art  
 in schönster Ausführung mit prima dauerhaften Werken unter mehrjähriger Garantie.  
**Regulateure** von 10 Mk. an.  
 Silb. Herren u. Damenuhr von 12 Mk. an.  
 Stand- und Wecker-Uhren von 2,50 Mk. an.  
**Aug. Büttner.**  
 Uhrmacher, Hürstraße 32.



**Künstliche Blumen**  
 von **Emma Prilop**  
 Schlumacherstr. 11.  
 Empfehle meine so beliebten Blumen in verschiedenen Arrangements, als: Tafel-Aufsätze, Ständer, Körbe, Ampeln, Spiegelranken, Delta-Ampeln u. **Naturall-Fachen** in der feinsten und geschmackvollsten Ausführung.

**Sansa-Halle.** Heute Sonntag, Anfang 4 Uhr:  
**Familien-Kränzchen**  
 7 1/2 und 10 1/2 Uhr Quadrille. Eintritt à Person 20 Pf.  
**Bei der Polonaise erhält jeder Besucher ein Geschenk.**

**„Stadt Schleswig“.**  
 Heute Sonnabend und morgen Sonntag:  
**Grosse**  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 ff. Gisebin und Bierwürste.  
 Hierzu ladet ergebenst ein  
**J. C. B. Schmehl, Gundestraße 14.**

**Vereinshaus.**  
 Sonntag den 12. November:  
**Humoristisches Concert**  
 in den oberen Räumen.  
 Anfang 7 Uhr. Entree 10 Pfg.

**Brauerei Jadenburg.**  
 Sonntag den 12. November 1899:  
**Gr. CONCERT.**  
 Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.  
 Auf der Doppeltegelbahn:  
**Hasen-Verkegeln.**  
 Neu decorirter Saal.  
 Acetylen-Beleuchtung.

**Circus Variété**  
**Stadtgespräch**  
 ist der 4. Spielplan.  
 Heute  
**2 Parade-Vorstellungen.**  
 Um 4 Uhr keine Preise.  
**Letzter Sonntag**  
 dieser Elite-Artikelschaar.  
 Montag:  
**Extra-Vorstellung.**

**Stadt-Theater.**  
 Sonntag Nachmittag 3 1/2 Uhr:  
**Am weißen Rößl.**  
 Abends:  
**Waffenschmied. Puppentee.**  
 Montag:  
**Weisse Dame. Puppentee.**

## Die ersten Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Lübeck.

T. S. Noch um die Mitte des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts war Lübeck vorwiegend Handelsstadt. Die Großindustrie und mit ihr das Fabrikproletariat fehlten gänzlich. Die Produktion bewegte sich vornehmlich in den enge gezogenen Grenzen des zünftlerischen Handwerks. Die Vorbedingungen eines proletarischen Klassenkampfes waren somit auch nicht gegeben, und wo sich doch hin und wieder eine solche Bewegung bemerkbar machte, hatte sie einen durchaus rückläufigen Charakter, wie z. B. der Streik der Schiffszimmerer von 1865.

Das Gewerbe der Schiffszimmerer war eine der stärksten und selbstständigsten Zunftgenossenschaften in Lübeck. Es besaß u. a. verbrieftes Gerechtname, wonach kein unverehelichteter und unzüchtiger Schiffszimmermann vom Meister in Arbeit gestellt werden durfte, so lange noch ein zünftiger, verehelichteter Gewerksgenosse arbeitslos war; auch selbst dann nicht, wenn der arbeitslose Schiffszimmermann schon alt, schwach und zum Arbeiten wenig mehr geeignet war, durfte hiervon eine Ausnahme gemacht werden.

Ein weiteres Privileg der Schiffszimmerleute bestand in dem unantastbaren Recht, sich von dem bei der Arbeit abgehauenen Holze, so viel sie bei der Arbeit nur immer tragen konnten, mit nach Hause zu nehmen. Dieses Privilegium war für den Einzelnen von sehr großem Vorteil; denn da die Arbeitszeit so eingeteilt war, daß jeder am Tage viermal nach Hause gehen konnte, hatten sie auch das Recht, vier Tragen Holz an einem Tage mit nach Hause zu nehmen.

Der Tagelohn war bei allen Schiffszimmerleuten — ganz gleich ob jung oder alt, leistungsfähig oder nicht — der gleiche. Im Sommerhalbjahr 29<sup>1/2</sup> Schilling 40 Schilling gleich 3 Mark Reichsmünze. Im Winterhalbjahr 22<sup>1/2</sup> Schilling.

Die Arbeitszeit begann im Sommer Morgens um 5 Uhr und wurde von 7—8 Uhr durch die Frühstücks-, von 11—12 Uhr durch die Mittags- und von 3—4 Uhr durch die Vesperpause unterbrochen. Um 6 Uhr Abends war Feierabend. Im Winterhalbjahr war die Arbeitszeit natürlich dem Tageslicht angepaßt.

Da nun in verschiedenen Bundesstaaten die alten Zunftgerchtnamen bereits erheblich durchbrochen waren, mußte auch Lübeck sich entschließen, dem Einzelnen mehr Raum für die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte zu bieten.

Bereits im Dezember 1860 war eine Verordnung des Senats, „das Wandern feurig gewordener Handwerksgefallen“ betreffend, erlassen worden, in welcher es hieß:

1. „Die in hiesiger Stadt und deren Vorstädten heimathberchtigten Handwerksgefallen sind nicht verpflichtet, wegen Mangels an Arbeit von hier zu wandern.“
2. „Alle übrigen Gesellen, welche nach Inhalt der für die einzelnen Handwerkszünfte bestehenden Ordnungen wegen man gelnder Arbeit von hier haben wandern müssen, dürfen zwar jederzeit hierher zurückkehren, um hier selbst in Arbeit zu treten; sie müssen jedoch, falls sie keine Arbeit finden, spätestens in nerhalb drei Tagen nach ihrer Rückkehr wieder auf die Wanderschaft sich begeben,“ und
3. „Die diesen Bestimmungen entgegenstehenden Vorschriften der Amtsrollen und Gelellenordnungen sind aufgehoben.“

Noch wichtiger für das gesammte gewerbliche Leben war die Verordnung vom 21. September 1861, betreffend die „Aufhebung verschiedener Satzungen in den hiesigen Handwerkszünften und Nentern.“

Diese Verordnung besagte:  
1. „Für alle Handwerkszünfte und Nentern ist der bisher noch gemachte Unterschied zwischen Amtsangehörigen, d. h. solchen, welche Söhne eines hiesigen Meisters sind, oder eine hiesige Meisters-Wittwe oder Tochter heirathen und den

einem Amte nicht angehörigen aufgehoben. Die den Ersteren zugesandenen Erleichterungen, namentlich in Betreff der Zahlungen an die Amtskassen, sowie hinsichtlich der bei dem Stadtmate zu erlegenden Abgaben und Gebühren, sind auch den Letzteren zu gewähren.“

2. „Der bei der Annahme zu einheimischen Gesellen, sowie bei der Zulassung zum Meisterrecht bisher zwischen hiesigen Staatsangehörigen und Auswärtigen gemachte Unterschied ist abgestellt. Die für die Ersteren in dieser Beziehung geltenden Bestimmungen finden gleichmäßig auf die Letzteren Anwendung.“

3. „Die Festsetzung der Dauer der Lehrzeit ist der freien Vereinbarung zwischen dem Meister und dem Lehrlinge, beziehungsweise dessen Angehörigen oder Borgefetzten, überlassen, jedoch darf die Lehrzeit nicht unter drei und nicht über fünf Jahre bestimmt werden.“

4. „Lehrlinge, welche in hiesigen öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten erzogen sind, haben kein Einschreibegeld zu entrichten.“

5. „Die Anfertigung eines Gesellenstückes vor dem Ausschreiben zum Gesellen findet nicht mehr statt.“

6. „Das Zuschicken (Schauen) der eingewanderten Gesellen ist für die Folge abgestellt; dem Gesellen steht die Wahl seines Meisters frei.“

7. „Den Gesellen ist fortan gestattet, jederzeit, jedoch sofern nicht ein Anderes verabredet ist, nur nach vierzehn Tage zuvor an einem Sonnabend geschahener Kündigung, von ihrem Meister Abschied zu nehmen; dieselben dürfen sodann bei einem anderen Meister sofort wieder in Arbeit treten.“

Diese Befugniß, sofort bei einem anderen Meister in Arbeit zu treten, findet jedoch auf die Bäcker-, Barbier- und Schlichter-Gesellen, wegen der besonderen gewerblichen Verhältnisse, vorläufig noch keine Anwendung; vielmehr bleiben für diese die bestehenden Anordnungen einseitig in Kraft.“

8. „Für diejenigen Gesellen, welche wegen Mangels an Arbeit feurig geworden sind, bleibt die Verordnung vom 22. Dezbr. 1860, das Wandern feurig gewordener Handwerksgefallen betreffend, in Geltung.“

9. „Die Gesellen, welche nach Maßgabe der bestehenden Anordnungen, der Meisters Wittve, die das Geschäft ihres verstorbenen Mannes fortsetzt, auf Erfordern von den Witte meistern abgeben werden müssen, sind fortan nicht mehr verpflichtet, der Aufforderung der Wittve bei Strafe des Wanderns Folge zu leisten; vielmehr bleibt es ihrer Wahl überlassen, ob sie bei der Wittve in Arbeit treten, oder bei ihrem Meister verbleiben wollen.“

10. „Der Wanderszwang für die hier ausgelehnten, sowie für die zur Aufnahme als einheimische Gesellen (Werkleute) oder zur Gewinnung des Meisterrechtes sich meldenden Gesellen ist aufgehoben; für die Schiffszimmerwerkleute jedoch, welche einheimisch werden wollen, bleibt die bisherige Verpflichtung, mindestens zwei Jahre zur See gefahren zu sein, bestehen.“

11. „Um unter die einheimischen Gesellen (Werkleute) im Amte der Maurer, der Hauszimmerleute und der Schiffszimmerleute aufgenommen zu werden, braucht der sich Anmeldende nur vier Jahre lang Geselle (Werkmann) gewesen zu sein.“

12. „Für die Anmeldung zur Gewinnung des Meisterrechtes genügt es, daß der sich Meldende mindestens fünf Jahre lang Geselle gewesen ist.“

13. „Bei allen Nentern ist behufs Zulassung zum Meisterrechte nur eine einmalige Anmeldung erforderlich.“

14. „Die Muth in den Handwerkszünften bleibt aufgehoben.“

15. „Bei der Aufgabe des Meisterstückes ist vorzugsweise darauf zu sehen, daß durch dasselbe die Befähigung des Stückmeisters nachgewiesen werden könne, im Uebrigen aber ist Alles zu vermeiden, was zu unnötigen Kosten oder zu unuerhältnismäßigem Zeitaufwande Veranlassung giebt.“

16. „Bei der Gewinnung des Meisterrechtes so wenig als bei der Aufnahme zum Gesellen dürfen Verwirthungen zwangsweise oder freiwillig stattfinden.“

17. „Die Amtsmeister sind hinsichtlich der Zahl der zu haltenden Lehrburschen und Gesellen keinerlei Beschränkungen unterworfen.“

18. „Die Amtsmeister sind befugt, neben zünftigen Gesellen und Lehrburschen oder statt derselben, in ihrem Gewerbe auch unzüchtige Hülfsarbeiter zu verwenden.“

Bei den Nentern der Maurer, der Hauszimmerleute und der Schiffszimmerleute bleibt es jedoch in dieser Beziehung, mit Rücksicht auf die diesen Nentern angehörenden einheimischen Gesellen (Werkleute), einseitig noch bei den bestehenden Anordnungen.“

19. „Alle den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehenden Vorschriften, namentlich in sofern dieselben in Amtsrollen und Gelellen-Ordnuungen enthalten sind, werden hiermit aufgehoben.“

Wie aus vorstehender Verordnung zu ersehen ist, sollte es nach den unter 18, Absatz 2 enthaltenen Bestimmungen bei den Maurern, Haus- und Schiffszimmerleuten bis auf Weiteres noch beim Alten bleiben, d. h. die Meister dieser Gewerke durften demnach keine „unzüchtigen“ Gesellen oder Werkleute anstellen.

Bis zum Jahre 1865 respektirten die Schiffsbaumeister auch die Rechte ihrer Werkleute. Dann aber griffen sie mit rauher Hand ein und versuchten, ob mit Recht oder Unrecht mag dahingestellt bleiben, ihren Arbeitern die bisher genossenen Gerechtnamen zu entreißen.

Das Mitnehmen von Holz wurde nun untersagt. Die Beschränkungen, betreffend das „In Arbeit stellen“ unverehelichteter oder nichtzünftiger Werkleute, sowie die vorgeschriebene Zahl der Schiffszimmernechte (Lehrlinge), wurden einiach nicht mehr innegehalten und die Arbeitszeit dahin abgeändert, daß in Zukunft von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr mit halbstündigen Zwischenpausen für Frühstück und Vesper, sowie einer Stunde für die Mittagspause gearbeitet werden sollte.

Der Arbeitslohn wurde nun auch nicht mehr für alle gleich, sondern den Fähigkeiten nach im Sommerhalbjahr für eine zehnjährige Arbeitszeit mit 36, 38 und 40 Schillingen, im Winterhalbjahr für eine achteinhalbstündige Arbeitszeit mit 22, 24 und 26 Schillingen bemessen.

Oglegte der Minimallohn von 36 Schillingen um nahezu 8 Schilling den früheren allgemeinen Lohnsatz überstieg und auch sonst manches in dem Arbeitsverhältnis sich gegen früher ganz wesentlich verbessert hatte, wollten die Schiffszimmerleute doch nicht so ohne Weiteres sich in den neuen Zustand der Dinge fügen. Da aber auch die Meister auf ihrem Schein bestanden und jede Verhandlung kurzer Hand abzulehnten, so legten 100 Schiffszimmerleute im Juli 1865 die Arbeit nieder und traten in den Streik ein.

Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit äußerster Festigkeit und zäher Ausdauer geführt. Die streikenden Schiffszimmerleute warfen ihren alten Zunftstolz einfach über Bord und nahmen Arbeit, wo sie nur immer welche finden konnten. Beim Abtragen des „Bellevue“-Walles, wo das Theaterhoflager angelegt werden sollte, gingen sie unversdrossen vom Morgen bis zum Abend in der Karre und hielten bei dieser gewiß ungewohnten Arbeit, trotz Hohn und Spott, auch tapfer aus.

Trotz alledem hätte der Streik wohl keine sechs Monate andauern können, wenn es den Schiffszimmerwerkleuten nicht auch möglich gewesen wäre, eigene Arbeiten zu übernehmen und auszuführen. So waren sie vielfach beim Bootsbau beschäftigt und versuchten Schiffe auf eigene Rechnung zu kalfatern oder sonstige Reparaturen auszuführen. Ebenso war es ihnen auch möglich, als „befahrene“ Seeleute am Hafen Beschäftigung beim Stauen und Böchen der Segelschiffe zu finden. Diese Arbeit erheischte zu damaliger Zeit bedeutend mehr Sachkenntniß und Sorgfalt als heute im Zeichen des Dampfes und der Ueberführung.

So war es möglich, ohne Organisation und gefüllte Streikfassen den Streik sechs lange Monate durchzukämpfen. Dann aber mußten sie, ohne auch nur das geringste Zugeständniß zu erzielen, den aussichtslosen Kampf aufgeben und sich auf Gnade und Ungnade unterwerfen. Sie fügten sich dem Unabänderlichen, zumal auch das neue

## Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Wiebig.

25. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Nelda stand dabei ohne einen Laut, ohne ein Wort der Vertheidigung; ihr Kopf neigte sich tiefer und tiefer, als ob ihr einer mit der Faust in's Gesicht schlug.

„Und die armen Kinder, die kleinen Würmer“, jammerte die Nähnin weiter; „wenn sie nun keinen Vater mehr haben! Und die arme Frau! Was soll daraus werden, wenn er ihn todtschießt?“

„Todtschießt? — Wen? — Wer?!“ Eine namenlose Angst spiegelte sich in Neldas Zügen, sie beugte sich weit vor, ihre Augen hatten ein wildes irres Glänzen. „Sag, wer schießt ihn tod? — wen? Um Gotteswillen, sag' doch!“ Sie rüttelte die Mutter.

„Laß mich los,“ ächzte die kleine Frau. „Ja, jetzt hast du Angst, aber dich bei Zeiten anständig betragen, das kannst du nicht! Du bist es nicht wert daß ein Mann, wie Kylander, sich deinetwegen todtschießen läßt. Es wäre lächerlich von ihm, sich zu deinem Ritter aufzupspielen, er wäre ein Phantast, ein überspannter Narr, sagt die Bänglein. Aber das ist nur Gerede, sie neidet es dir bei alledem, und ich glaube auch nicht, daß für Mädchen und Töchter —“

„Sag', mit wem er sich schießt! Um Gotteswillen, mach' doch, gieb doch Antwort!“ Verzweifelt hob Nelda die Hände.

„Gestern — beim Herrensfeft im Kasino“ ächzte die Mutter weiter. „Sie haben sich über dich lustig gemacht, da — ach, wenn ich mir's überlege, ich möchte in den Boden sinken, es ist um den Verstand zu verlieren! Dazu zieht man eine Tochter auf mit so viel Liebe, mit so viel Kosten! Man spart sich's ab, damit sie standesgemäß erzcheint, man macht alles mit, Välle, Gesellschaften — und sie

geht hinter'm Rücken und betrügt einen! Mir ist, weiß Gott, oft genug nicht nach Vergnüungen zu Muth gewesen, aber —“

„Weiter! Rasch, was war beim Herrensfeft? Sie machten sich über mich lustig, da —“

„Da — ja, da — nein, besonders Leutnant von Röntheim — du weißt doch, der flotte, kleine Röntheim von der Garde — erzählte schreckliche Geschichten von dir. Da — es ist nicht auszudenken! Was fangen wir an? Die ganze Stadt spricht über uns, wir sind einfach unten durch, wir —“

„Da —“ Nelda packte mit eisernem Griff wieder das Handgelenk der Mutter — „besonders Röntheim, da —“

„So laß mich doch aussprechen! Da, ja da schlug Kylander einfach dem Röntheim in's Gesicht und schrie: Das ist eine infame Lüge! Fräulein Dallmer ist unschuldig, sie ist ein Engel! Und wenn sie nicht dazwischen gesprungen wären, wer weiß, was da geschehen wäre gleich auf der Stelle. Es soll grausig gewesen sein. Und nun haben sie sich gefordert, schärfste Forderung. Einer bleibt tod am Plage. Und Kylander wird gewiß tod bleiben, Röntheim ist der beste Schütze in der Garnison. Und wenn der Hauptmann auch den andern todtschöffe, was hat er davon? Er kriegt Festung und mit der Karriere, na! Man weiß wirklich nicht, was man wünschen soll. O Gott, daß ich das noch erleben muß!“

„Das darf nicht sein!“ Nelda richtete sich gerade auf, die alte Entschlossenheit erschien für einen Augenblick auf ihrem Gesicht. „Er hat an mich geglaubt, er hat — ein kraampfhafte Schluchzen brach ihr die Stimme, sie unterdrückte es mit gewaltsamer Anstrengung — „mich nicht verlassen. Ich gehe hin, er darf sich nicht schießen. Er irrt sich, ich bin nicht unschuldig!“

In der Kylanderschen Wohnung war es todtenstill. Die Kinder saßen verschüchtert um ihren Spieltisch, sie lärmten

nicht wie sonst; sie duckten sich wie die kleinen Vögel beim Gewitter, die auch nicht wissen, warum es donnert und blit.

Buschmann und Settchen hatten nicht enden wollende Flüsterunterhaltungen. Der Herr Hauptmann war fort, schon am Morgen mit Hauptmann Kalbshorn weggegangen; Frau Hauptmann nicht wohl, wollte keinen Menschen sehen, hatte sich in's Schlafzimmer eingeschlossen. Dort lag sie auf dem breiten Ehebett, wühlte den blonden Kopf in die Kissen und schluchzt wie eine Verzweifelte.

Zweimal war Fräulein Dallmer schon dagewesen, einmal am Vormittag, das andre Mal am Mittag; man hatte sie abgewiesen, sie wollte garnicht weggehen. Mit ängstlicher Dringlichkeit hatte sie gefragt, wann der Herr Hauptmann zurück käme, ob Niemand wisse, wo er sei? Ob denn nicht wenigstens die Frau Hauptmann einen einzigen Augenblick zu sprechen wäre?

Settchen ließ sich erweichen und klopfte an die Thür des Schlafzimmers: „Frau Hauptmann, Fräulein Dallmer möchte Sie so gern sprechen — ein Augenblick!“

Drinnen ein unterdrückter Aufschrei, dann: „Ich bin nicht zu sprechen, ich bin krank!“

Settchen war es ordentlich gruselig geworden bei den Augen, die Fräulein Dallmer machte, als sie nach diesem Bescheid langsam, ganz lahm, die Treppe hinunter stieg.

„Ne, so ebbes!“ jagte Settchen zu ihrem Vertrauten Buschmann. „Sesjes, wat die nur hat! Un se will widder kommen!“

Nichtig, es war Nachmittag, draußen klingelte es schon wieder! Vor der Thür stand Fräulein Dallmer. Verlegen gab ihr das Mädchen Bescheid; der Herr Hauptmann noch nicht zu Haus, die Frau Hauptmann noch krank und nicht zu sprechen.

„So — ich muß sie aber sprechen!“ Settchen fühlte sich beiseite geschoben; verdutzt stand

Verhältnis, bei Licht besehen, manches Gute für sich hatte. Dennoch war die Niederlage für die Gewertergenossen schmerzhaft. Man verfehle sich in den Geist jener Zeit, und man wird es verstehen, was es heißt, alle jahrhundertlang verbriefte Rechte preisgeben zu müssen. Das muß man aber den Lübecker Schiffszimmerleuten nachsagen, sie hatten die Lehre, die ihnen der Streik gegeben, nicht spurlos an sich vorüber gehen lassen. Sie hatten den Geist der neuen Zeit begriffen, und sie verstanden es, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie wurden in Wirklichkeit die Pioniere der modernen Arbeiterbewegung in Lübeck, wie wir noch später sehen werden.

Aber auch die Schiffsbaumeister haben ihr Damaskus gefunden. Wo sind sie geblieben, die mächtigen Werften mit ihren im Bau begriffenen stolzen Segelschiffen? Verschwinden! Auch nicht eine einzige ist geblieben, um Zeugnis abzulegen von dem einstigen rührigen Leben und Treiben an unserem Hafen. Der Dampfer und mit ihm der Eisenbahnbau hat sie alle verdrängt. Die eine Werft aber, auf der heute eiserne Schiffe gebaut werden, bietet nicht im Entferntesten einen Ersatz für das Verschwindene.

Wir brauchen wohl nicht erst den Beweis zu liefern, daß die wechselnden Phasen des Schiffszimmererstreiks von allen übrigen gewerblichen Arbeitern mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt und besprochen wurden. Waren doch auch die übrigen Zunftgenossenschaften mehr oder weniger von der Senatsverordnung betroffen worden und konnte nicht das, was heute den Schiffszimmerern geschehen, morgen jedem anderen Gewerbe ebenfalls passieren?

Das war allgemein auch dem Blödesten verständlich geworden, die alten Zunftorganisationen mit ihrem die Bewegung hemmenden Beiwert waren dem entsefelten, wild vorwärts stürmenden Kapitalismus nicht mehr gewachsen. Es mußte auf Ersatz Bedacht genommen werden, es mußten neue, dem Zeitgeist mehr entsprechende Organisationen geschaffen werden.

Das Rückliegende war Anschluß an den von Lassalle 1863 gegründeten „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein“. Der für die deutschen Bundesstaaten begründete Verein war politischer Natur. Er ging von der Ueberzeugung aus: „daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen der deutschen Arbeiterklasse und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegenstände in der Gesellschaft herbeigeführt werden könne.“ Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht sollte dazu benutzt werden, nur solche Abgeordnete in die gesetzgebenden und administrativen Körper zu senden, welche die Erringung völler politischer Freiheit und sodann die Errichtung von Produktiv-Assoziationen mit Staats-hilfe nach den Vorjochlägen Lassalle's zu ihrer Hauptaufgabe machen wollten.“

Die hier um Ditzern 1866 — also nicht lange nach Beendigung des Schiffszimmererstreiks — von dem Schneider Leinhos aus Hamburg begründete Mitgliedschaft des allgemeinen Arbeitervereins hatte bald mit großen Widerwärtigkeiten zu kämpfen. Schon wenige Monate nach ihrer Gründung wurde die agitatorische Thätigkeit durch den das öffentliche Interesse in sehr hohem Maße in Anspruch nehmenden deutsch-österreichischen Krieg jäh unterbrochen. Ein erheblicher Theil der Arbeiter stand entweder im Felde oder mußte als Bürgergarde die städtischen Wachen beziehen. So blieb der kleinen, unter Führung des Schneidergesellen Jäger stehenden Gruppe der Lassalleaner nichts weiter übrig, als still und abgeschlossen an der eigenen weiteren Ausbildung zu arbeiten. Sie versammelten sich an jedem Montag Abend beim Gastwirt Schmid in der Markesgrube, und verstanden es, daß das immerhin nur kleine Lokal doch stets von 40-50 Personen besucht war. Neben den Erörterungen über Vereinsangelegenheiten wurden Vorträge aus den Lassalle'schen Broschüren gehalten und eingehend darüber, auch von Nichtmitgliedern, diskutiert. Das Vereinsorgan „Sozialdemokrat“ lieferte überdes wöchentlich manchen anregenden Diskussionsstoff. Auch größere Versammlungen wurden von Zeit zu Zeit abgehalten. Im Uebrigen war die kleine Schaar auf sich angewiesen, was viel dazu beigetragen haben mag, daß sich hier unter den Arbeitern schon sehr früh eine gewisse Selbstständigkeit herausbildete. Alle Vereins-geschäfte, Agitation usw. wurden von Anfang an nach eigenem Ermessen und den Verhältnissen entsprechend geregelt.

Gleich nach Beendigung des deutsch-österreichischen Krieges wurde von dem derzeitigen Bundeskanzler v. Bis marck Schönhanen, jedenfalls um die mit Österreich befreundeten Bundesregierungen zu übertrumpfen, die alle demokratische Forderung: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht

für den Norddeutschen Reichstag proklamirt und gleichzeitig die Wahlen auf den 12. Februar 1867 ausgeschrieben.

Da nun vor Allem die Frage der Zollfreiheit dringend ihre Erledigung ersehnte, mußte sich auch Lübeck entschließen, ob es dem Zollverein beitreten oder die Stellung eines Freihafens beanspruchen wollte. Aus diesem Grunde scheid sich die wahlfähige Bevölkerung Lübeck's in zwei große, sich auf das heftigste bekämpfende große Heerlager. Die Großkaufleute, Schiffsreder und sonst am Verkehr Theilhabenden, hatten dem Großkaufmann F e h l i n g die Kandidatur übertragen. Um ihn scharten sich die Freihändler, während die Zollvereiner in dem Gerichtsdirektor a. D. Dr. G o e r y ihren Mann gefunden hatten.

Die Lassalleaner hatten, wohl in Hinsicht auf ihre Schwäche, keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Sie standen vielmehr im Lager der Zollvereiner und haben auch für die Wahl des Herrn Dr. Goery nach Kräften agitiert.

Obgleich man nun nach dem wochenlangen, erbitterten Wahlkampf annehmen durfte, die Wähler würden in Schaaeren an die Wahlurnen eilen, fiel doch das Ergebnis recht kläglich und beschämend aus. Ob dieses an der Unzulänglichkeit der Wahllokale, welche es manchem Wähler unmöglich machten, sein Wahlrecht auszuüben, lag, oder ob es an der allgemeinen Gleichgültigkeit der Wähler gelegen hat, mag dahin gestellt bleiben. Genug, es erschienen von 10 256 eingeschriebenen Wählern nur 4 497, also noch nicht die Hälfte an der Wahlurne. Es wurden abgegeben für Dr. G o r y 2 6 0 5 und für den Kaufmann F e h l i n g nur 1892 Stimmen. Somit wurde Ersterer als Abgeordneter ins Zollparlament gewählt.

Da die Majorität der Wähler sich für Anschluß an den Zollverein ausgesprochen hatte, konnten auch Senat und Bürgerchaft nicht umhin, diesem Beispiel zu folgen. Man gab einer Eingabe der Gewerbeammer vom 4. Juli 1867, in welcher gefordert wurde „daß, nachdem der Eintritt Mecklenburgs und Lauenburgs in den Zollverein feststehe, die Interessen des Lübecker Gewerbestandes ebenfalls den Anschluß dringend erheißen“ — Folge, und beschloß schon am 16. September 1867, dem Zollverein ebenfalls beizutreten.

Damit war aber auch das politische Leben in Lübeck schier erloschen. Denn als kurz darauf Dr. G o r y — nachdem er noch eben Zeit gehabt hatte, im konstituierenden Reichstag für Gewährung von Diäten an die Abgeordneten zu stimmen — durch Rückberufung und Versetzung in eine höhere Gehaltsklasse sein Mandat niederlegen mußte, kamen in der Nachwahl am 31. August 1867 — also nur etwas mehr als 6 Monate nach der Hauptwahl — von den 10 256 eingeschriebenen Wählern nur noch 336 an die Wahlurne. Von diesen gaben 329 Wähler ihre Stimme für Dr. Pleßing ab. Ob dieser Herr nun wenig Gefallen an dem Reichstagsleben gefunden, oder ob ihn sonst Gründe bewegen haben, sein Mandat niederzulegen, mag dahin gestellt sein. So viel ist gewiß, daß schon am 23. März 1868 die Wähler Lübeck's wiederum berufen wurden, an der Wahlurne zu erscheinen. Wie viel eingeschriebene Wähler bei dieser Wahl das Recht zum Wählen hatten, können wir nicht angeben, da die Wählerlisten von 1867, weil mehr als ein Jahr nach ihrer Aufstellung vergangen war, bei dieser Wahl erneuert werden mußten. Weniger als 10 256 Wähler sind es aber jedenfalls nicht gewesen. An die Wahlurne kamen am 23. März aber nur 1433 Wähler, und von diesen gaben 871 ihre Stimme für den Großkaufmann L i e n a u ab, während 562 auf seinen uns unbekanntes Gegner entfielen. Dem Anschein nach hatte die Aufstellung eines Kaufmannes als Kandidaten doch etwas mehr Leben in die Wählerchaft gebracht.

Inzwischen war auch den Arbeitern die Koalitions-freiheit gegeben worden. In Lübeck war im Anfang der sechziger Jahre nach der Bundesbeschluß vom 3. Dezember 1840 in Geltung. Im Strafgesetzbuch für die freie und Hansestadt Lübeck vom 26. Juli 1863 heißt es noch in § 8 „Gewerbetreibende, Handwerksgehilfen und andere Arbeiter, welche an unerlaubten Gesellenverbindungen oder an Verbrüderungen theilnehmen, sind mit Gefängniß bis zu drei Monaten zu bestrafen. Auswärtige sind zugleich aus dem Staatsgebiete auszuweisen.“ Dagegen wurde aber schon im Jahre 1866 das Koalitionsverbot durch Gesetz vom 29. September aufgehoben.

Es heißt in diesem Lübeckischen Gewerbe-Gesetz Artikel 14: „Verabredungen der Gewerbetreibenden wegen gemeinschaftlicher Herabsetzung der Arbeitslöhne oder wegen Ausschlußes einzelner Arbeiter oder ganzer Klassen von Arbeitern wegen Schließung ihrer Geschäfte u. dgl. m., sowie Vereinbarungen der Gehilfen zur Erzielung höherer Arbeitslöhne, Niederlegung der Arbeit u. dgl. m. sind nichtig und für die Verabredenden unverbindlich. In so weit bei dergleichen Verabredungen oder Vereinbarungen

physische oder moralische Zwangsmittel, Verbrüderungen oder sonstige Exzesse eintreten, die nicht schon anderweitig durch das Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht sind, sollen die Theilnehmer durch die Polizeibehörde bestraft werden. Auswärtige sind zugleich aus dem Staatsgebiete auszuweisen.“

Und über die Aufhebung der Zunftprivilegien zc. heißt es im Artikel 15:

„Die gewerblichen Privilegien der Kaufmannschaft, der Schiffer-gesellschaft, der Handwerkerzünfte und Aemter, der Bruderschaften und Arbeits-Korporationen sind aufgehoben, und treten alle diesem Gesetze widersprechenden älteren Gesetze, Verordnungen und obrigkeitlichen Anordnungen außer Kraft.“

Gleich nach Eröffnung des Norddeutschen Reichstages war von S c h u l t z e - D e l i t s c h und Genossen ein Gesetzentwurf über Koalitionen von Arbeitern und Arbeitgebern, sowie über die Aufhebung der Beschränkungen der freien Verwerthung der Arbeitskräfte eingebracht worden.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. P l e s s i n g hatte hier-von der Lübecker Gewerbeammer Mittheilung gemacht und gleichzeitig den von S t u m m gestellten „Verbesserungs“-Antrag:

„Unter Ablehnung des Antrages des Abg. Schulze-Delitsch und Genossen, den Herrn Bundeskanzler zu ersuchen, mit thätigster Beschleunigung auf den Grundlagen des dem preussischen Landtag vorgelegten Geiz-Entwurfes zur Reform der Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern einen neuen Gesetzentwurf bei dem Reichstag einzubringen“ beilegte mit dem gleichzeitigen Ersuchen, ihm die Ansicht der Gewerbeammer, namentlich in Rücksicht des „Verbesserungs“-Antrages von Stumm mitzutheilen. Obgleich nun die Gewerbeammer bereits am 13. Oktober verhandelt und sich für Stumm's Verbesserungsantrag entschieden hatte, konnte sie dieses doch nicht rechtzeitig genug nach Berlin übermitteln, weil schon am 15. Oktober die Abstimmung im Reichstag vorgenommen worden war. Dr. Pleßing hatte aber seine Stimme für den Gesetzentwurf Schulze-Delitsch mit dem Amendement Lasfers abgegeben.

Die Gewerbeammer begründete ihre Stellungnahme für den Stumm'schen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der dem preussischen Landtage vorgelegene, aber nicht mehr zur Annahme gelangte Gesetzentwurf sich mit den Artikeln 14 und 15 des Lübeckischen Gewerbegesetzes vom 29. September 1866 decke. In wie weit nun Stumm's „Verbesserungs“-Antrag den Antrag der Abgg. Schulze und Genossen in Wirklichkeit verbesserte, ist nicht ersichtlich, und zwar aus dem Grunde nicht, weil der Antrag Schulze aus im Wortlaut zur Zeit nicht vorliegt. Wir glauben aber annehmen zu dürfen, daß die §§ 152 und 153 der Deutschen Reichs-gewerbeordnung das Lübeckische Gewerbegesetz von 1866 nicht weit übertreffen.

Schon vor der Entscheidung im Reichstag war von Schweiger und Fritsche ein allgemeiner Arbeiter-Kongreß nach Berlin berufen worden. Der von 150 000 Arbeitern durch 206 Delegirte besuchte Kongreß trat am 27. Septbr. 1868 zusammen. Zweck des Kongresses war, die Arbeiter zu organisiren, das Solidaritätsgefühl zu wecken und die Mittel zu beschaffen, etwaige Streiks nach Kräften zu unterstützen. Das Resultat war die Gründung des „Allgemeinen deutschen Unterstützungsverbandes.“

Die Lübecker Arbeiterchaft war ebenfalls auf dem Kongreß vertreten. Eine den Winter hindurch betriebene, rührige Agitation hatte zunächst den Erfolg, daß die Schiffs- und Hauszimmerer die Initiative ergriffen. Sie berieten zu Palmsonntag 1869 eine Volks-Versammlung nach „Sadowa“ an der Fackelburger Chaussee. Da es die erste große Volks-Versammlung war, die nach den Verfassungskämpfen von 1848 in Lübeck wieder tagte, war der Andrang ein kollossaler. Obgleich alle Fenster und Thüren offen waren und so auch den draußen stehenden Gelegenheiten zum Hören gegeben war, mußten doch Hunderte wieder umkehren.

Als Referent war L ü b c k e aus Berlin, Präsident der Hauszimmerer Deutschlands, erschienen. An der Diskussion beteiligten sich der Schiffszimmerer N u p p e l, Hauszimmerer S p e t h m a n n und T h e o d o r S c h w a r z. Das Resultat war die Gründung einer Mitgliedschaft des „Allgemeinen deutschen Unterstützungs-Verbandes.“ Als Bevollmächtigter wurde S p e t h m a n n, Hauszimmerer, gewählt. In den Verband konnten nicht bloß die Schiffs- und Hauszimmerer, sondern alle Holzarbeiter eintreten.

Die zu den schönsten Hoffnungen berechtigende Mitgliedschaft ging bald an inneren Zwistigkeiten wieder zu Grunde. Die Ursache hiervon war die allzugroße Empfindlichkeit Spethmann's. Dieser hatte nämlich als Delegirter auf der im Januar 1870 in Berlin stattfindenden Generalversammlung des Unterstützungsverbandes eine untergeordnete Frage an den Präsidenten von Schweiger gerichtet und war von diesem in etwas brüskter Weise abgefertigt worden, was ihn veranlaßte, sich dem Einflusse Schulze-Delitsch etwas mehr als thöulich hinzugeben. Dieses wurde natürlich nach Lübeck

nie da, in der Wohnstübentür verkehrte die schlante Gestalt.

Melba schritt hastig an den Kindern vorbei, erkannte jahe diese nie an — heute gar keinen Blick? Der älteste, Wilhelm, hauchte nach ihrem Kleid. „Du darfst nicht zur Mama, du sollst überhaupt nicht bei uns kommen; heut morgen hat's die Mama gesagt. Ich hab' es ganz genau gehört, du sollst nicht!“

„Was?“ Melba riß ihr Kleid los, sie achtete nicht auf das Geschrei des Knaben. Nun stand sie an der Schlaf-stubentür, nun klopfte sie — kein: herein. Noch einmal und noch einmal kräftiger.  
„Wer ist da?“  
„Sie gab keine Antwort; die Kniee zitterten ihr, sie lehnte sich schwer gegen den Pfosten. Da — die Thür ging auf, Frau Elisabeth streckte ihr verfürtes, rothgedunsenes Gesicht heraus, fuhr mit einem Aufschrei zurück und suchte hastig wieder zu schlüpfen. Melba drückte mit aller Kraft gegen, jetzt drängte sie sich hinein.  
Sie schauerte sich gegenüber in dem verdunsteten Raum, keine Faust schritt vor. Mit tiefem Mitleid sah Melba die ihm verdrehten Augen der jungen Frau, es gab ihr eine Stütze durch's Herz, sie sammelte: „Berzähnen Sie, o, verzähnen Sie mir! Um Gotteswillen, jagen Sie, wo ist Ihr Mann? Ich mag ihn sprechen, er darf sich nicht bnecken weinetwegen!“ Sie hatte leise begonnen, jetzt hob sich ihre Stimme laut und angstvoll. „Ich mag ihn sprechen, es darf nicht sein, es kann nicht sein! Ich will's ihm ja sagen, ich will's ihm ja sagen, ich bin nicht unglücklich, Königin hat recht, sie haben alle recht. Sagen Sie mir, wo Ihr Mann ist, rasch, rasch, ich habe Eile, es ist die

höchste Zeit — o bitte, jagen Sie mir, wo kann ich ihn sprechen?“

„Das ist alles zu spät“, sagte die junge Frau finster. Sie lehnte gegen den Betrand, die Arme über der Brust gefrenzt. „Er muß sich nun schlüpfen, er soll sich nun auch schlüpfen — und wenn sie ihn mir tod in der Hand bringen, das ist das schlimmste nicht!“ Sie unterdrückte das Schluchzen, das ihr laut aufstieg. „Nein, ich will nicht weinen, er ist es nicht werth! Für eine Fremde jetzt er sein Leben auf's Spiel, vergißt er uns! Biegt ein leichtfüßiges Mädchen der Frau vor, die ihm immer, ja immer treu war, die ihm fünf Kinder geboren hat, die“ — Die Thränen kamen ihr doch, sie meinte laut heraus. „Ich habe so gepart, ich habe mich immer so gefreut, wenn ihm was recht war!“ Sie konnte nicht weiter sprechen, sie hielt sich das Taschentuch vor das Gesicht und rampte dann wie eine Wölfe im Zimmer auf und ab.  
„Frau Elisabeth, wo ist Ihr Mann? Ich bin in Todes-angst — erbarmen Sie sich, jagen Sie rasch, wo ist er? Ich will zu ihm. Hören Sie, hören Sie doch, es darf kein Duell stattfinden! Wo ist er? Haben Sie Mitleid!“ Melba streckte flehend die Hände aus. „Ich bin so unglücklich!“  
„Unglücklich?“ „Gereizt ließ die junge Frau das Taschentuch jahren, ihre Augen blitzten zornig. „Sie sind unglücklich?! Angst haben Sie vor allem, was Sie angeht. Sie haben mir meinen Mann genommen, den Kindern ihren Vater! Meinetwegen sollen sie ihn tod schlüpfen; für mich ist er doch hin! Mag er tod sein oder nicht, ich gehe fort von ihm. Mit den Kindern will ich mich in irgend einem Winkel verbergen, da will ich drüber nachdenken, wie glücklich ich war und wie unglücklich ich jetzt

bin! Er hat mich betrogen, hundertzehntausendfältig, tausendfältig. Hier — sie stieß mit dem Fuß gegen die Bettstatt, daß sie krachte — hier bin ich glücklich gewesen! Was habe ich für ihn gethan! Und er wirft das alles weg wie gar nichts, wegen einer verrückten Idee, wegen einer fremden Person! Ich — ich werde hinten an gesetzt!“ Sie griff sich mit beiden Händen in die blonden Haare und wühlte darin, in wildem Schmerz warf sie sich fast schreiend über das Bett.  
Melba stand wie erstarrt, sie wollte sprechen und konnte nicht. Instinktiv fühlte sie, da war kein Wort des Verständnisses möglich zwischen ihr und der da; ein brennender Schmerz um den Mann durchzuckte sie — weh, ihre Schuld! Langsam schlich sie dem Bett näher, wie geknickt, und strich mit zitternden Fingern den Rücken der Weinenden. „Sie thun ihm unrecht — wo ist er?“ In Verzweiflung bebte ihre Stimme. „Ich will ihm jagen, daß —“  
„Unterstehen Sie sich!“ Die Liegende schnellte auf und starzte sie häßerfüllt an. „Sie haben ihm nichts zu sagen, gar nichts, er ist mein Mann, er geht Sie nichts an! Was wollen Sie hier?“ Sie packte Melba bei den Schultern und rüttelte sie. „Gehen Sie, machen Sie, daß Sie fortkommen!“ Sie stieß das Mädchen vor sich her. „Ich will allein sein — hören Sie?“ Ihre Füße stampften den Boden. „Allein sein!“ Ein Ruck — Melba stand draußen, krachend slog die Thür zu, der Schlüssel wurde umgedreht. Drinnen wieder das schreiende Schluchzen.  
Keine Hilfe! Melba wankte an den erschrockenen Kindern vorbei; alle drückten sich auf ein Häufchen. Langsam, sich an's Geländer klammernd, tastete sie die Treppe hinunter.  
(Fortsetzung folgt.)



berichtet, und als er nun gar anfing, offen für Schulze Partei zu ergreifen, gab es Streitigkeiten, welche zur Auflösung der Mitgliedschaft führten.

Nun traten die Maurergesellen auf den Plan, indem ihrer 40 im Juni 1870 die Arbeit einstellten. Ihre Forderung als Abschlagszahlung für eine auf schriftlichen Kontrakt übernommene Akkordarbeit statt täglich 2,70 Mark 3.— Mark ausbezahlt zu erhalten, konnten sie mangels einer Organisation nicht durchsetzen. Der Streik dauerte nur acht Tage.

In Folge des deutsch-französischen Krieges trat das politische Leben völlig in den Hintergrund. Auch die im Frühjahr 1870 nötigen Neuwahlen zum Reichstage waren verschoben worden. Sie wurden dann schließlich zum 3. März 1871 ausgeschrieben. Die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins in Lübeck beschloßen, in der Person des Schuhmachers Georg Wilhelm Hartmann in Hamburg einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Das selbstständige Auftreten der Sozialdemokraten wurde von den Gegnern scheinbar bespöttelt. Wir sagen scheinbar; denn unter sich hatten sie doch wohl der fatalen Gegenkandidatur Rechnung getragen und, um jegliche Verpöndelung zu vermeiden, dem „Hamburger Schuster“ den Direktor der „Deutschen Lebensversicherung“, Wichmann, gegenübergestellt.

Das Hänlein der Vassalleaner hatte schwere Opfer zu bringen. Ein Gesuch an v. Schweitzer um finanzielle Unterstützung wurde durch eigenhändiges Schreiben mit der Motivierung abgelehnt, daß die in Folge des Krieges schlechten Vermögensverhältnisse des „M. D. A. V.“ eine finanzielle Beihilfe nicht gestatteten. Trotz der schlechten Aussichten wurde die Wahlkampagne im Januar mit einer Volksversammlung auf dem Bockenbofe eröffnet. Es folgten nun Schlag auf Schlag Versammlungen in der Stadt und deren Vorstädten. Auch auf dem Landgebiete, in Mösling, Schlutup und Travemünde, wurden Versammlungen arrangiert. Saalabtreibungen waren damals noch unbekannte Begriffe.

Auf dem „Schützenbofe“ hielt Hartmann vor einer Kopf an Kopf stehenden Versammlung seine Kandidatenvorrede. Da der Winter sehr streng war, der Schnee hoch lag und der Weg nach den Dörfern oft über Hecken und Büsche hinweg ging, Wagen und Schlitten der Parteigenossen aber der Leere im Geldbeutel wegen nicht zur Verfügung standen, mögen die jüngeren Parteigenossen noch heute mit Bewunderung auf die kleine muthige Schaar zurückblicken, zumal wenn man bedenkt, daß die meisten von ihnen Krüppel waren, die sich unter gewöhnlichen Umständen nur mühsam fortbewegen konnten. Die ganze Wahlkampagne ist auf Schusters Rappen und ohne jegliche Entschädigungen gemacht worden.

Den Schluß der Agitation bildete eine Volksversammlung im „Deum“, den jetzigen „Centralhallen“. Das Referat über „Die bevorstehende Reichstagswahl“ hatte in dieser bewundernswürdigen Versammlung der nun schon lange Jahre unter dem kühnen Rufen schlafende Schuhmacher Paase übernommen. Die Gegner hatten den mit einer poetischen Ueberbegabten Feilenhauer Hannemann ins Treffen geführt. Dieser Herr meinte, daß nun, da die deutsche Einheit hergestellt sei, auch der Ausbau des Gebäudes ein derartiger sein werde, daß jeder Bürger sein behagliches Heim darin finden würde. Es sei deshalb auch nicht an der Zeit, oppositionelle Abgeordnete in den Reichstag zu wählen. — Wenn der Herr jetzt noch unter uns Sterblichen wandeln würde, würde er sein blaues Wunder an dem schönen behaglichen Heim erleben! Die Zeiten haben sich eben auch hier in Lübeck seit 1871 ganz gewaltig geändert.

Der Verlauf der Versammlung war so charakteristisch, daß wir nicht umhin können, ihr etwas näher zu schildern. Da die Gegner wohl schon selber zu dem Bewußtsein gekommen sein mochten, daß gegen die sozialdemokratischen Redner sachlich wenig eingewendet werden konnte, so hatten sie eine Anzahl Arbeiter durch allzu reichliche Schnaps-Spenden so weit gebracht, daß diese auf Veranlassung eines sich „liberal“ nennenden Herrn mit einem großen Neuwundländer in die Versammlung gezogen kamen und von Zeit zu Zeit diesem armen Vieh so auf den Schwanz traten, daß es ein ganz klägliches Geheul ausstieß. Der Zweck aber, die Versammlung hierdurch zu stören, wurde gründlich dadurch vereitelt, daß eine Anzahl kräftiger Arbeiterfäuste sehr bald die Störenfriede und den dabei stehenden lächelnden „Herrn“ mittsam seinem Neuwundländer zur Thür hinauswarfen. Andere folgten freiwillig, so daß die Versammlung von weiteren Störungen verschont blieb und ruhig zu Ende tagen konnte.

Der folgende Tag war wohl der ungeeignetste Wahltag, den es je gegeben hat. Der Friede war nämlich an diesem Tage proklamiert worden. Und unter dem Jubel der Bevölkerung und den Zurüstungen für die am Abend im großen Stil beabsichtigte Illumination ging die Wahlhandlung vor sich. Es wurden nur 2480 Stimmen abgegeben, und von diesen erhielt Wichmann 1898, Hartmann aber 582 Stimmen. Somit hatten in diesem Wahlgange die Lübecker Sozialdemokraten ihre Feuerprobe glänzend bestanden. Von nun an ging die Bewegung hier in einem rascheren Tempo vorwärts.

Die Haus- und Schiffszimmerer begründeten ihre auseinandergeringelte Mitgliedschaft im Laufe des Sommers aufs Neue. Auch die Maurer, Töpfer und Schuhmacher folgten bald.

Die Vassalleaner beteiligten sich auch lebhaft in der Agitation für die Befreiung der städtischen Accise. Sie nahmen Theil an den Versammlungen im Hause der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ und beriefen zum 5. Februar 1872 eine große Volksversammlung nach dem „Bürgerstützenbofe“ mit der Tagesordnung: „Die indirekten Steuern im Allgemeinen und die Lübecker Accise.“

Die Herren von der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ waren auf briefliche Einladung auch in der Versammlung bis auf Herrn Dr. Flug, welcher sich entschuldigend hatte, erschienen. Der Referent Tölke war nicht gekommen, weshalb Haase das Referat übernehmen mußte und auch zur Zufriedenheit der Versammlung sich seiner Aufgabe entledigte. Die darauf folgende Diskussion gestaltete sich sehr anregend. Es beteiligten sich so wohl Gegner als Befürworter der Accise an der Debatte, so daß die Versammlung einen zufriedenstellenden Verlauf nahm.

Ein schönes Zeugniß ihrer Solidarität legte die Mitgliedschaft des Allg. deutsch. Arb.-Vereins ab, als es galt,

den Opfern der Sturmfluth im Novbr. 1872 hilfbringend unter die Arme zu greifen. Durch einen Aufruf im „Neuen Sozialdemokrat“ und Sammlungen unter den Parteigenossen in Lübeck wurden 600 Mark aufgebracht, welche durch eine dazu ernannte Kommission, den Bedürfnissen entsprechend, unter die um ihre Habe gekommenen Arbeiter, ohne Unterschied der Parteistellung, vertheilt wurden.

Die Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins wuchs von nun an zusehends, und auch die Gewerkschaftsbewegung nahm einen befriedigenden Verlauf. Der große Maurerstreik von 1873 sowie die Reichstagswahlen von 1874, zeigen uns schon eine starke, mächtige Bewegung, die in ihrer Entwicklung nur auf kurze Zeit durch das Sozialistengesetz unterbrochen werden konnte.

## Soziales und Partelleben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Zuzug von Holzarbeitern nach Werda (Sachsen) ist wegen Streiks in der Heber'schen Waarfabrik streng fernzuhalten. — Am 1. November traten in der Maschinenfabrik Louis Kirmse in Neulirichen bei Grimnitzschau 30 Dreher, Hobler und Schmiede wegen Lohnfragen in den Ausstand. Die Arbeit wurde Dienstag wieder aufgenommen, nachdem Kirmse Entgegenkommen zugelegt hatte. Vier Dreher wurden nicht wieder eingestellt.

**In dem Befinden des Reichstagsabgeordneten Antrik (Kottbus-Spremberg),** der schon vor einigen Monaten eine Blinddarmsoperation durchgemacht hat, ist, wie die „Volkszig.“ erzählt, eine wesentliche Verbesserung eingetreten, die eine neue Operation nothwendig gemacht hat. Hoffen wir, daß unser schwerleidender Genosse diese Operation ebenso gut übersteht wie die erste. — Wie wir soeben im „Vorwärts“ lesen, ist die Operation glücklich verlaufen. Die Ärzte hoffen, daß Antrik in wenigen Wochen völlig genesen wird.

**Sozialdemokratische Erfolge bei Stadtverordnetenwahlen.** In Forst (Vansig) siegte bei der Stadtverordnetenwahl in der 3. Abtheilung die sozialdemokratische Liste mit 700 gegen 500 gegnerische Stimmen; sieben Genossen wurden gewählt. — Auch in Görlitz hatten wir, obgleich keine gründliche Vorbereitung der Wahl möglich war, erhebliche Erfolge; wir erzielten für unsere Kandidaten 678—711 Stimmen. Die Freisinnigen besiegten sich einer möglichst unanständigen Kampfesweise. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schlags kamen zwei unserer Kandidaten in eine ansichtsvolle Stichwahl. — In Arnstadt erzielten wir wiederum glänzenden Sieg. — In Schneberg bei Berlin wurde Genosse Masch wieder gewählt. — In Kassel kommen vier Genossen in die Stichwahl, wovon zwei gewählt werden dürften.

**Von den Wahlmännerwahlen zum heftigen Landtag,** die am 8. d. M. stattfanden, liegen erst sehr dürftige Nachrichten vor, die wir in der „Frankf. Ztg.“ finden: Die Sozialdemokraten behaupten Langen-Rienburg (Kramer) und gewannen Groß-Gerau (Werthold). Die Nationalliberalen behaupten Pfungstadt (Haas). In Darmstadt-Land siegten die vereinigten Bürgerparteien (Moak). Vom Centrum sind als sicher gewählt zu bezeichnen im Wahlkreis Rierstein-Niederolm: Weinbändler Kolthaus-Mainz (früher fester Sitz der Nationalliberalen), in Bingen-Land: Brentano, Heppenheim-Biernheim: Proj. Schlegler, Seligenstadt: Weinbändler Horn. In Mainz-Land siegten die Wahlmänner des Centrum mit 35 Wahlmännern gegen 16 Sozialdemokraten. Im Wahlbezirk Gießen-Land sind bei der Landtagswahl von den 37 Wahlmännern 16 für den Genossen Scheide-mann, 12 für den Antisemiten Hirschel, 9 parteilos.

**Die Agitation für den gewerblichen Arbeiterinnen-schutz** wird in Anknüpfung an die Beschlüsse des Hannover'schen Parteitages in der „Gleichheit“ erörtert. Es wird darauf hingewiesen, daß vor allen Dingen das System der Vertrauenspersonen ausgebaut werden muß und solche selbst dort zu wählen sind, wo noch keine selbstständige Arbeiterinnenbewegung besteht. Die Vertrauenspersonen müssen feste Fühlung mit den Arbeiterinnen ihres Bezirks und auch unter sich halten. Sie müssen vor allem versuchen, möglichst viel Material über die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen, namentlich bei besonders schädlichen Beschäftigungsarten, zu sammeln, um auf diese Weise sowohl Agitationsmaterial als auch Grundlagen für die zum Schutze der Arbeiterinnen erforderlichen Maßregeln zu gewinnen. Es wird dann weiter auf die Wichtigkeit der Agitation durch kurze Flugblätter auf Grund des gesammelten Materials hingewiesen und aufgefordert, Mittheilungen über die Arbeits- und Existenzbedingungen an die Redaktion der „Gleichheit“ gelangen zu lassen, damit sie in dem Blatte veröffentlicht werden können. Die „Gleichheit“ wird demnach auch ein Verzeichniß der Schriften und Abhandlungen veröffentlichen, die zum Studium der Frage des Arbeiterinnen-schutzes geeignet sind.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Eine Falschmünzwerkstatt hat die Polizei in Hildesheim entdeckt. Dieselbe hatten sich zwei Brüder aus sogenannter guter Familie, Burschen im Alter von 17 Jahren, eingerichtet und betrieben darin die Herstellung von Zahn- und Einmarkstücken. Das Handwerkszeug, Stempel und dergl., wurde aufgefunden und beschlagnahmt. Die jugendlichen Verbrecher hatten die Aufmerksamkeit der Polizei dadurch auf sich gelenkt, daß sie Dienstag Nacht einen Einbruchsdiebstahl versuchten, wobei einer der beiden verhaftet wurde. Die Burschen hatten sich in ein Haus eingeschlichen und fielen über ein in Haupe wohnendes Ehepaar, das in der Nacht heimkam, mit brutalem Angriff her. Indessen gelang es, sie zu überwältigen und einen derselben dingfest zu machen. Anderen Tages wurde auch der andere Bruder verhaftet. — Von Drillingen genas in der Nacht zum Sonntag die Ehefrau des Schneiders Hoffmann in Berlin, in den Felten 22, Hof 3 Tr. wohnhaft. Vier Ärzte mußten bei diesem „freudigen“ Ereigniß Beistand leisten. Der Mann arbeitet für Geschäfte; die Ehe ist erst vor einem Jahre geschlossen worden. Es war dies die erste Entbindung der Frau. — Aus Gera wird gemeldet: Vom hiesigen Schwurgericht wurde der

1892 wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Wechselfälschung zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilte Gerber Breshm von Saalburg im Wiederaufnahmeverfahren von der Anklage der Brandstiftung freigesprochen. — In der rheinischen Militärbefreiungsangelegenheit, die schon seit langer Zeit schwebt, sind neuerdings wieder zwei Verhaftungen vorgenommen worden. Es wurden festgenommen der Sohn eines Fabrikanten aus Hölshheid und ein Kaufmann aus Elberfeld. — Ueberfallen und durch Messerstiche getödtet wurde im Grenzort Granica bei Kattowitz der 70jährige Selbstverleiher Schneider, 1400 Gulden wurden geraubt. Von den Thätern fehlt jede Spur. — Verhaftet wurde am Mittwoch in Wien ein Kavallerie-offizier Namens Hachalisky, der in der letzten Woche bei verschiedenen Juwelieren Diebstähle verübt haben soll. — Aus Brüssel berichtet die „Voss. Ztg.“: Der griechische Vizekonsul in Mexiko, Perikles Theophilatos, ist von der belgischen Polizei festgenommen worden. Als er merkte, daß die Polizei ihn verfolgte, begab er sich nach Brüssel und stieg hier unter einem angenommenen Namen in einem Gasthose ab, aber das Schicksal ereilte ihn schnell. Er ist an den großen Diebstählen beteiligt, die vor einigen Monaten in Antwerpen, London und Amsterdam verübt worden sind. Ein netter Konsul! — Eine heftiger Orkan und Ueberfluthungen zerstörten am Dienstag im östlichen Kuba die Tabakspinnerei für die nächste Kubo- und Java-ernte vollständig.

## Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Der wegen Verdachts der Majestätsbeleidigung in Untersuchung genommene Gastwirth Emil Jenjen aus Ulstern (Nordschleswig) ist ohne Bürgschaftsstellung wieder aus der Haft entlassen worden. — Vor der Strafkammer des Landgerichts Stralsburg i. E. stand vor einigen Tagen der 18jährige Metallarbeiter Wehrel aus Eichen unter der Anklage, im Monat März d. J. in einer Wirthschaft dabei sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht zu haben. Nach den Aussagen der Zeugen befand sich Wehrel zur Zeit der That im Zustande starker Betrunkenheit, sang französische Lieder und rief mehrmals Vive la France! Er wandte sich mit gezogenem Messer gegen das im Lokale hängende Bild des Kaisers und stieß drohende, diejen beleidigende Aeusserungen aus. Wehrel behauptet, in seiner sinnlosen Betrunkenheit nicht mehr gewußt zu haben, was er that. Das Gericht ließ dies nicht als Entlastungsgrund gelten, zog dagegen das jugendliche Alter und die bisherige tadellose Führung des Angeklagten als Strafmilderungsgrund in Betracht. Das Urtheil lautete auf eine Gefängnißstrafe von vier Monaten. — Wegen Majestätsbeleidigung ist von der Wallsteiner Strafkammer gegen den Schuhmacher Robert Paul aus Rastwiz unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Das Urtheil lautete auf ein Jahr Gefängniß.

**Ein weiblicher Professor.** Zum ordentlichen Professor am italienischen Gymnasium in Fiume (Ungarn) ist ein Frä. Dr. Barbara Tedejschi ernannt worden.


**Schöne Wirthschaft.** Am Amtsgericht der rheinischen Kreisstadt Alzey herrschten, wie nach der „Rhein. Ztg.“ jetzt offensichtlich wird, Zustände, die kaum gläublich erscheinen. Urtheile wurden gar nicht oder nur theilweise vollstreckt, da bei dem Schendrian der Gerichtsschreiberei Alles liegen blieb oder nur nach geraumer Zeit und selbst dann nicht regelrecht erledigt wurde. Das konnte nur geschehen, weil der alte Oberamtsrichter, der dem Weine allzu sehr hulbigte, nichts sah oder sehen wollte. Daß aber auch Schlimmeres passirte, kommt jetzt, nach dem Tode des Oberamtsrichters zutage. Es sind Sporteln in hohen Beträgen unterschlagen worden und gefälschte Stempel in Anwendung gekommen. Vor einigen Tagen wurde der Gerichtsschreiber verhaftet, und jetzt ist auch der Hilfsgerichtsschreiber in Untersuchungshaft genommen worden.

**Sehen ohne Augen.** In der neuesten Nummer der „Revue des Revues“ macht Dr. L. Caze eingehende Mittheilungen über die Erfindung des russischen, seit längerer Zeit in London ansässigen Professors Peter Stiens, der behauptet, er könne die Blinden sehen lassen, auch wenn sie beide Augen vollständig verloren oder nie besessen haben. Professor Stiens erzeugt angeblich das Sehen dadurch, daß er durch einen künstlichen Apparat ein Sehbild, ohne Vermittlung der Augen, direkt in's Gehirn befördert. Er hat bis jetzt keine Einzelheiten über sein System veröffentlicht, doch hat er sich dazu verstanden, dem Dr. L. Caze einen Einblick in den jetzigen Stand seiner Experimente und Forschungen zu gewähren. Dr. Caze berichtet darüber: „Nachdem Professor Stiens mich in eine kleine dunkle Kammer geführt hatte, band er mir fest die Augen zu, so daß ich absolut nichts mehr sehen konnte. Dann hörte ich ihn hin- und hergehen, Zündhölzchen streichen, eine Lampe anzünden u. s. w., aber ich konnte nicht den mindesten Schimmer eines Lichtes wahrnehmen. Dann fühlte ich, wie er mir einen Apparat an die Schläfe setzte und sofort bemerkte ich ein schwaches Licht, das die Gegenstände in meiner unmittelbaren Nachbarhaft erhellte. Ich sah eine Hand vor meinen Augen und konnte die Finger zählen, die sich mir entgegenstreckten: es waren drei. Allmählich wurde es noch heller und ich konnte die Möbel in dem Zimmer unterscheiden, es waren zwei Tische und acht Stühle, die ich mit Leichtigkeit zählte. Ich hatte auch das Gefühl, daß ich bei längerer Dauer des Experiments meine gewöhnliche Sehfähigkeit erhalten würde; den Schläfen entlang spürte ich etwas wie einen elektrischen Strom. Plötzlich wurde der Apparat weggenommen und sofort war um mich her wieder die tiefste Finsterniß. Das Experiment war zu Ende.“ Prof. Stiens weigerte sich auch jetzt noch, seinen Besucher mit dem Apparat vollständig bekannt zu machen, weil er, wie er sagte, noch mancher Verbesserungen bedürfe; doch gab er ihm wenigstens einige Andeutungen über die Prinzipien, auf die er sich gründet. Der Mensch sieht nicht mit den Augen, sondern mit dem Gehirn; die Augen nehmen nur die Sehbilder auf und der Sehnerv leitet sie zum Gehirn, wo die Wahrnehmung stattfindet. Wenn also ein Bild ohne Mitwirkung der Augen dem Gehirn zugeführt werden kann, dann kann ein Blindler ebenso gut sehen wie ein Mensch mit gesunden Augen. Das ist die Grundidee des Stien'schen Apparats. Statt durch die Netzhaut des Auges wird das Bild eines Gegenstandes durch ein Plättchen aufgenommen und durch einen elektrischen Strom in das Gehirn geleitet.

In der Abtheilung  
**Herren- u. Knaben-Confection**  
 treffen täglich große Sendungen ein.  
 Compl. Herren-Anzüge M. 8,50—48,50  
 Herren-Paletots M. 7,90—42,00  
 Herren-Joppen M. 3,00—25,00  
 Knaben-Anzüge, alle Preislagen.  
**Arbeiter-Garderoben**  
 Hosen, jezt von 98 Pfg an, Faden von  
 1,18 M. an für alle Gewerke.  
**Otto Albers,** Kohlmarkt 10  
 u. Markt 4.  
 Baarverkauf.

**Folckers'**  
**Möbel-Magazin**  
 25 Marlesgrube 25  
 empfiehlt zur bevorstehenden Saison allen Möbel-  
 käufern sein reich assortirtes Lager  
 nur gut gearbeiteter  
**Möbel u. Polsterwaren.**

nach Maß,  
 sowie Knivieren  
 schnellstens in der  
**Strümpfe**  
**Wachmaschinen-Strickerei**  
 von Herm. Hornbogen, Fischstr. 27.

 **Wiesner** u. **Scheeren**  
 schleift und reparirt  
**H. Hentschel**  
 32 Dürstraße 32.

**Kartoffeln.**  
 Prima gelbe Eierkartoffeln 5 10 550 und  
 6 M. frei Haus. **Magnam bonum**, sehr  
 gut im Kochen und schön von Geschmack, Preis  
 4,50 M. per 200 Pfund.  
**Mittw. 18. Karl Voss.**

**Stehr's** Stabliffement.  
 Heute Sonntag:  
**Grosse Tanz-Musik.**

**Elysium.**  
 Heute Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 Ergebenst H. Havemann.

Zur neuen Lohmühle.  
 Große freie Tanzmusik.  
**Gesellschaftshaus Mldershorst.**

Heute Sonntag den 12. November:  
**Tanzkränzchen.**  
**Louisenlust.**

Morgen Sonntag:  
**Große Tanz-Musik.**  
 W. Glöe.

**Wakenitz-Bellevue.**  
 Morgen Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 W. Kruse.

**Friedrich-Franz-Halle**  
 Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 L. Lübke.

**J. Rooks' Restaurant**  
 Lindenstraße 13.

**Auspielen**  
 von  
 fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch  
 auf einem Ziehbillard  
 am Sonntag den 12. Novembr.  
 Beginn Morgens 11 Uhr.  
 Anfang 50 Pfg., wofür 3 Stöße.  
 Hierzu ladet freundlich ein **J. Rooks.**

# Ausnahmsweise

wegen schneller Räumung unserer colossalen Vorräthe gediegener und moderner  
**Winter-Herren- und Knaben-Garderoben**  
 in ganz besonders guten Qualitäten und jeder Größe  
**nie wiederkehrend billig**

gegen baar nur so lange der Vorrath reicht:  
 Herren-Winter-Paletots statt 12 nur 7 M.  
 Herren-Palet., Krimt. statt 17 nur 10 1/2 M.  
 Hrn.-Palet., Eskimo, statt 20 nur 12 1/2 M.  
 Hrn.-Paletots, Neuh., statt 26 nur 15 M.  
 Hrn.-Palet., Ia. Eskimo, statt 28 nur 19 M.  
 Hrn.-Pal., ff. m. Atlasf., statt 40 nur 25 M.  
 Hrn.-Anzüge, haltbar, statt 12 nur 7 1/2 M.  
 Hrn.-Anzüge, Cheviot, statt 15 nur 10 M.  
 Hrn.-Anzüge, Buckskin, statt 18 nur 12 M.  
 Hrn.-Anzüge, Rammg., statt 25 nur 16 M.  
 Hrn.-Velerin.-Mäntel statt 18 nur 12 M.  
 Hrn.-Hosen, div. Muster, statt 2 1/2 nur 1 1/2 M.  
 Hrn.-Hosen, Buckskin, statt 3 1/2 nur 2 1/4 M.  
 Herren-Loden-Joppen statt 7 nur 4 M.  
 Hrn.-Joppen, warm gef., statt 9 nur 5 1/2 M.  
 Hrn.-Joppen, Ia. Loden, statt 11 nur 7 M.  
 Hrn.-Joppen, extra Loden, statt 12 nur 8 M.  
 Schiff.-Zad., warm gef., statt 10 nur 6 1/2 M.  
 Jüngl.-Anzüge, haltbar, statt 8 nur 5 M.  
 Jüngl.-Pal., alle Farben, statt 10 nur 6 M.  
 Jüngl.-Palet., Krimt., statt 14 nur 9 M.  
 Jüngl.-Mänt. m. Krag, statt 12 nur 6 1/2 M.  
 Knaben-Anz., Zwirn, statt 2 1/2 nur 1 1/2 M.  
 Knaben-Anz., Buckskin, statt 4 nur 2 3/4 M.  
 Knaben-Anzüge, Modells, statt 6 nur 4 M.  
 Knaben-Beck.-Mäntel statt 4 nur 2 1/2 M.  
 Arbeiter-Garderoben, Jagdwesten, Hüte zc. erstaunlich billig im

**Welthaus „Goldene 33“**  
 nur allein Breitestr. 33, eine Treppe, kein Laden.  
 Lübecks anerkannt billigste Einkaufsquelle für wirklich gute Garderoben.  
 Vorzeiger dieser Annonce erhält 5 pCt. Rabatt

**Drucksachen** liefert **Friedr. Meyer & Co.**  
 prompt

**Lübecker**  
**Glücks-Loose**  
 empfiehlt  
**Paul Würzburg**  
 14 Markt 14.

**Speise-Hallen „Hansa“**  
 Nr. 21 Fischstraße Nr. 21.  
 Täglich großer Mittagstisch von 11 1/2—2 1/2 Uhr à Person 40 und 50 Pfg.,  
 im Abonnement billiger.  
 Abendessen von 6—9 Uhr à Person 30 und 40 Pfg.  
 Für Frauen separate Speisezimmer.

Bei jetzigen hohen Butterpreisen prüfe und vergleiche man ge-  
 fälligst Mohr'sche Margarine-Marke  
**MOHRA**  
 mit feinsten Meiereibutter und man wird sich überzeugen, dass die  
 „Mohra“ auf Brod gestrichen genau so wohlschmeckend ist und beim  
 Braten genau so bräunt und daftet, wie die doppelt so theure Molkeibutter.

**Einladung zum Stiftungs-Fest**  
 des  
 Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands  
 Section Schanerleute Lübeck  
**am Dienstag den 14. November 1899**  
 im Locale des Herrn Borgwardt (Centralhallen)  
 Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pfg. Ende 4 Uhr Morgens.  
 Das Comitee.

**Central-Hallen.** Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden Sälen.

**Concert-Haus „Flora“**  
 Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 Ende 12 Uhr. F. Grammerstorf.

**Neu-Lauerhof.** Heute Sonntag:  
**Grosses Tanzkränzchen**  
 Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

**Auspielen**  
 von  
 fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch  
 auf einem Ziehbillard  
**am Sonntag den 12. Nov.**  
 Anfang Morgens 11 Uhr. Einatz 50 Pfg.  
 Hierzu ladet freundlich ein  
**A. Schnoor, Einsegelfähre**

**Auspielen**  
 von  
 fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch  
 auf einem Ziehbillard  
**am Montag den 13. November.**  
 Anfang Morgens 10 Uhr. Einatz 50 Pfg.  
 Hierzu ladet ergebenst ein  
**C. J. H. Jürss, Al. Altesfähre 12.**

**Auspielen**  
 von  
 fetten Gänsen und Karpfen  
 auf einem Ziehbillard  
**im Lokale Marlistrasse Nr. 65**  
**am Sonntag den 12. Nvembr.**  
 Anfang Morgens 11 Uhr. Einatz 50 Pfg.  
 Hierzu ladet ergebenst ein **J. Ditz.**

**Auspielen**  
 von  
 fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch  
 auf einem Ziehbillard  
**am Sonntag den 19. November.**  
 Einatz 50 Pfg., wofür 3 Stöße.  
 Hierzu ladet ergebenst ein  
**Jac. Timmermann, Mittelstr. 20 a.**

**Club Fidelitas.**  
**Gesellschafts-Abend**  
**am Sonntag den 12. November**  
 in der Tivoli-Halle.  
 Anfang 6 Uhr. Einführung gestattet.  
 Eingang Gewerkevereinsaal.  
 Der Vorstand.

**Haushahn's** Concerthaus.  
**St. Lorenz-Liedertafel**  
**Socialer Abend**  
**am Sonntag den 12. November.**  
 Anfang 8 Uhr. Entree 75 Pfg.  
 Karten im Vorverkauf 60 Pfg.  
 Einführung gestattet.  
 Der Vorstand.

 **St. Jürgen-**  
**Liederfranz.**  
**Gesellschafts-Abend**  
**am Sonntag den 12. November**  
 bei Herrn Frahm, „Concordia-Garten“.  
 Anfang 6 Uhr. Einführung gestattet.  
 Der Vorstand.

 **Gesang-Berein**  
**„Freiheit“.**  
**BALLE**  
**am Sonntag den 12. November**  
 im Locale des Herrn Koch, Einsegel.  
 Der Vorstand.

 **Auf**  
**dem Burgfelde.**  
**J. Dechant's**  
**Orient-**  
**Hippodrom.**  
 Täglich geöffnet.  
 Von 6 Uhr an:  
**Großes Wiener Corso-Reiten.**